

## 4.6 Österreich

Österreich ist mit einer Fläche von 83.858 km<sup>2</sup> etwa doppelt so groß wie die Schweiz, allerdings wesentlich dünner besiedelt: Die Einwohnerzahl ist nur um etwa ein Fünftel höher als die der Schweiz. Der Dauersiedlungsraum ist mit rd. 38 % vergleichsweise gering, was primär auf den hohen Anteil an Gebirgs- und Waldflächen zurückgeht. So liegt der Anteil des Dauersiedlungsraums in den alpin geprägten Bundesländern durchwegs unter 25 % der Landesfläche, in Tirol etwa gar nur bei 12 %.

Abbildung 11: Ostösterreich<sup>32</sup>



Quelle: Encarta 99

<sup>32</sup> Für Westösterreich wird auf Abbildung 6 (westliche Alpenregionen Italiens) verwiesen

Der Westen und Süden Österreichs – d.s. die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Kärnten – sind praktisch vollständig alpines Berggebiet. Hier finden sich auch einige der höchsten Erhebungen der Ostalpen (Großglockner, Wildspitze). In den inneralpinen Tal- und Beckenlandschaften (Rheintal, Inntal, Salzachtal, Drautal, Klagenfurter Becken), konzentrieren sich Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe, Verkehr und Wohnen auf engstem Raum.

*Vorarlberg* ist nach der Bundeshauptstadt Wien das kleinste Bundesland und erstreckt sich in Nord-Süd-Richtung vom Bodensee bis zum Silvrettamassiv, im Westen wird es vom Rheintal begrenzt. Vorarlberg ist nach Wien das am dichtesten besiedelte und am stärksten industrialisierte Bundesland (insbesondere Textilindustrie, Maschinenbau). Im Berggebiet spielt naturgemäß der Tourismus eine beachtliche Rolle – mit der Arlberg-Region und dem Montafon verfügt Vorarlberg über einige der bekanntesten Schiregionen Österreichs. Auch die Viehzucht sowie die Milch- und Käseproduktion haben ein bedeutendes Gewicht.

*Tirol* ist das drittgrößte Bundesland, bestehend aus den räumlich getrennten Landesteilen Nord- und Osttirol. Tirol ist das am dünnsten besiedelte Bundesland. Die wichtigsten Erwerbszweige sind in den Tallagen Industrie und das großteils kleinbetrieblich strukturierte, verarbeitende Gewerbe (Nahrungsmittel, Metallverarbeitung, Glasbe- und -verarbeitung, chemische Industrie). Außerhalb der Tallagen spielt der Tourismus eine herausragende Rolle: Gemessen an der Kennziffer Nächtigungen/Einwohner ist Tirol die tourismusintensivste NUTS2-Region des gesamten Alpenbogens. In Tirol befinden sich mit Seefeld, Neustift im Stubaital, St. Anton, Ischgl, Mayrhofen, Kitzbühel usw. einige international bekannte Tourismusregionen, die sowohl im Winter als auch im Sommer frequentiert werden.

Das Bundesland *Salzburg* besitzt Anteile an den Hohen und Niederen Tauern. Die Hauptstadt Salzburg, am Hauptfluss Salzach gelegen, befindet sich bereits außerhalb der alpinen Zone. Im Nordosten hat Salzburg Anteil am Salzkammergut, einem bekannten Seen-Gebiet, das es sich mit dem Bundesland Oberösterreich teilt. Auch Salzburg ist ein typisches Tourismusland und verfügt mit der Stadt Salzburg über ein weltweit bekanntes städtetouristisches Angebot, über Kureinrichtungen (Bad

Gastein, Bad Hofgastein, Vigaun) und über einige bekannte Schiregionen (Saalbach-Hinterglemm, Flachau etc.).

Das südlich des Alpenhauptkammes gelegene Bundesland *Kärnten* ist eine in sich geschlossene Beckenlandschaft zwischen Karawanken, Karnischen Alpen im Süden, Hohen Tauern im Nordwesten, Gurk- und Seetaler Alpen sowie Stubalpe im Norden und der Koralpe im Osten. Mit einer Fläche von 9.533 km<sup>2</sup> und einer Bevölkerung von 561.000 Personen weist Kärnten eine relativ geringe Bevölkerungsdichte von 59 auf. Im gebirgigen Hochkärnten im Nordwesten des Landes (hier befindet sich mit dem Großglockner (3 797 m) der höchste Berg Österreichs) spielt neben dem Bergbau (Abbau von Blei, Zink, Eisen und Braunkohle) und der Holz- und Viehwirtschaft auch der Tourismus eine bedeutende Rolle. Touristische Zentren sind weiters die zahlreichen Kärntner Seen (Wörthersee, Ossiacher-, Millstätter- und Weißensee). Im östlichen Landesteil – Unterkärnten, einer flachwelligen Region – wird Ackerbau betrieben. Die Hauptstadt Klagenfurt und die Stadt Villach sind die Hauptindustriezentren der Region.

Das Bundesland *Oberösterreich* ist etwas kleiner als Tirol, seine Einwohnerzahl ist aber mehr als doppelt so hoch. Der Süden des Landes ist durch die nördlichen Kalkalpen mit dem Salzkammergut geprägt, im Norden hat Oberösterreich Anteil am Böhmischem Massiv. Ein gutes Drittel der Landesfläche ist mit Wald bedeckt, rund ein Viertel der Gesamtfläche nehmen landwirtschaftliche Anbauflächen (Obst, Kartoffeln, Getreide) ein, ein weiteres Viertel Wiesen und Weiden. Dort wird Viehwirtschaft betrieben. Kulturelles und wirtschaftliches Zentrum ist die Hauptstadt Linz. Die größte Rolle in der regionalen Wirtschaftsstruktur spielt die Industrie (v.a. Nahrungsmittel, Maschinenbau, Fahrzeugbau, Metallerzeugung und –bearbeitung).

Das größte Bundesland ist *Niederösterreich* mit einer Fläche von 19.174 km<sup>2</sup>. Rund die Hälfte der Landesfläche wird landwirtschaftlich genutzt, ein weiterer beträchtlicher Teil ist bewaldet. Dementsprechend bedeutsam sind Land- und Forstwirtschaft in der regionalen Wirtschaftsstruktur. Auch der Weinbau spielt in Niederösterreich eine beachtliche Rolle. Lediglich der Südteil des Landes ist gebirgig. Hier befinden sich einige der wichtigsten Tourismusgebiete des Landes. Dennoch ist der Dienstleistungssektor insgesamt im nationalen Vergleich unterrepräsentiert. Die wichtigste

Erwerbsquelle sind in Niederösterreich Industrie und Gewerbe (v.a. Nahrungsmittel, Metallerzeugnisse, Maschinenbau, Kunststoffe).

Die *Steiermark*, mit 16.388 qkm das zweitgrößte Bundesland Österreichs, ist zu einem erheblichen Teil von Wäldern bedeckt, dementsprechend bedeutend ist die Holzwirtschaft. In der Obersteiermark erhebt sich der Dachstein (2.995 m), der höchste Berg der Steiermark. In der Obersteiermark befinden sich auch bedeutende Tourismusorte. Im oststeirischen Hügelland hat sich mit der Thermenregion ein neues touristisches Zentrum entwickelt. Insgesamt ist der Dienstleistungssektor in der Steiermark allerdings stark unterrepräsentiert. Industrielles Zentrum ist das Gebiet um die Landeshauptstadt Graz (Metallerzeugung, Metallbe- und -verarbeitung, Maschinenbau, Fahrzeugbau). Auch der Bergbau spielt in der Steiermark eine nicht unbedeutende Rolle. Ackerbau wird in erster Linie im Grazer Becken betrieben, Weinbau im Süden des Landes.

Im *Burgenland*, dem drittkleinsten Bundesland Österreichs, finden sich nur Ausläufer der österreichischen Voralpen. Der Norden wird landschaftlich vom Neusiedler See dominiert, dessen größter Teil zum Burgenland gehört. Das Mittelburgenland ist hügelig und teilweise bewaldet; hier befindet sich der Geschriebenstein, mit 883 m die höchste Erhebung des Burgenlandes. Die übrigen Landesteile sind Flachland, das weitenteils als Weide- und Ackerland verwendet wird. Das Burgenland hat neben Niederösterreich den höchsten Agraranteil. Zu den wichtigsten Gewerbebezweigen gehören neben Acker- und Weinbau die Tierzucht (vor allem Schweine und Geflügel), die Nahrungsmittelverarbeitung und die Holzindustrie. Der Tourismus konzentriert sich auf die Neusiedler See-Region und die Thermenregion um Bad Tatzmannsdorf. Aufgrund des äußerst geringen Alpenanteils wird bei den künftigen Ausführungen das Burgenland ausgeklammert.

Tabelle 16: Kurzcharakteristik der österreichischen Bundesländer mit Alpenanteilen  
(von West nach Ost)

| Bundesland            | Kennziffern   | Hauptorte,<br>Tourismuszentren  |
|-----------------------|---|---|
| <i>Vorarlberg</i>     | <p>Fläche: 2.601 qkm</p> <p>Einwohner: 351.570 Pers.</p> <p>Bevölkerungsdichte: 135 Pers./qkm</p> <p>Alpenanteil: 100 %</p>       | <p>Hauptorte: <i>Bregenz, Dornbirn, Bludenz, Feldkirch</i></p> <p>Tourismuszentren: <i>Mittelberg, Lech, Gaschurn, St. Gallenkirch, Schruns, Tschagguns</i></p>   |
| <i>Tirol</i>          | <p>Fläche: 12.647 qkm</p> <p>Einwohner: 675.070 Pers.</p> <p>Bevölkerungsdichte: 53 Pers./qkm</p> <p>Alpenanteil: 100 %</p>       | <p>Hauptorte: <i>Innsbruck, Kufstein, Schwaz</i></p> <p>Tourismuszentren: <i>Sölden, Ischgl, Mayrhofen, Neustift, Seefeld, Kitzbühel, St. Anton etc.</i></p>      |
| <i>Salzburg</i>       | <p>Fläche: 7.154 qkm</p> <p>Einwohner: 518.587 Pers.</p> <p>Bevölkerungsdichte: 72 Pers./qkm</p> <p>Alpenanteil: 80 %</p>         | <p>Hauptorte: <i>Salzburg, Hallein</i></p> <p>Tourismuszentren: <i>Saalbach-Hinterglemm, Salzburg, Zell am See, Bad Hofgastein, Bad Gastein, Flachau etc.</i></p> |
| <i>Kärnten</i>        | <p>Fläche: 9.533 qkm</p> <p>Einwohner: 561.126 Pers.</p> <p>Bevölkerungsdichte: 59 Pers./qkm</p> <p>Alpenanteil: 100 %</p>        | <p>Hauptorte: <i>Klagenfurt, Villach</i></p> <p>Tourismuszentren: <i>Villach, Bad Kleinkirchheim, Hermagor, Velden, Weißensee, Pörtlach etc.</i></p>              |
| <i>Oberösterreich</i> | <p>Fläche: 11.980 qkm</p> <p>Einwohner: 1.381.993 Pers.</p> <p>Bevölkerungsdichte: 115 Pers./qkm</p> <p>Alpenanteil: ca. 30 %</p> | <p>Hauptorte: <i>Linz, Wels, Steyr</i></p> <p>Tourismuszentren: <i>St. Wolfgang, Bad Schallerbach, Bad Ischl, Gosau, Bad Goisern, Bad Hall, Hinterstoder</i></p>  |

Fortsetzung Tabelle 16: Kurzcharakteristik der österreichischen Bundesländer mit Alpenanteil (von West nach Ost)

| Bundesland              | Kennziffern  | Hauptorte,<br>Tourismuszentren   |
|-------------------------|--|--|
| <i>Steiermark</i>       | <p>Fläche: 16.388 qkm</p> <p>Einwohner: 1.186.379 Pers.</p> <p>Bevölkerungsdichte: 72 Pers./qkm</p> <p>Alpenanteil: ca. 80 %</p> | <p>Hauptorte: <i>Graz, Leoben, Knittelfeld, Kapfenberg</i></p> <p>Tourismuszentren: <i>Ramsau, Schladming, Mitterndorf, Gleichenberg, Waltersdorf, Radkersburg, Loipersdorf etc.</i></p> |
| <i>Niederösterreich</i> | <p>Fläche: 19.174 qkm</p> <p>Einwohner: 1.549.658 Pers.</p> <p>Bevölkerungsdichte: 81 Pers./qkm</p> <p>Alpenanteil: ca. 25 %</p> | <p>Hauptorte: <i>St. Pölten, Wiener Neustadt</i></p> <p>Tourismuszentren: <i>Baden, Krems, Semmering, etc.</i></p>   |

Quelle: Eigene Zusammenstellung

## 5. Nationale Entwicklungspolitiken im alpinen Raum

Landläufige Vorstellungen über die politischen Entscheidungsstrukturen im Alpenraum gehen noch immer vom Gegensatz zwischen den föderalistischen Systemen der Schweiz, Österreichs und Deutschlands und dem Zentralismus Frankreichs und Italiens an. Mit diesem Gegensatz werden auch die unterschiedlichen historischen Entwicklungsmuster in den jeweiligen alpinen Zonen,

das enge Nebeneinander von reissbrettartig geplanten Skistationen (Retortenorte) mit absiedlungsgefährdeten Regionen (Frankreich) bzw. überhaupt entsiedelten Alpenregionen (Italien) auf Seiten der zentralistischen Alpenregionen

einerseits und

die relativ prosperierenden, von „gesunden“ wirtschaftlichen Mischstrukturen durchsetzten föderalistischen Alpenregionen der Schweiz, Österreichs und Deutschlands

andererseits verbunden. Dieser Erklärungsansatz muss jedoch um die wirtschaftsgeografische Ausgangslage in den jeweiligen Ländergruppen ergänzt werden: Frankreich und Italien erfuhren mit ihren unmittelbar an die Alpenzonen angrenzenden Industrie- und Küstenzonen einen natürlichen Abwanderungssog, Martinengo spricht in diesem Zusammenhang zutreffend von „marginalen Räumen“<sup>33</sup>. Hingegen war in Österreich und anderen alpinen Kernregionen (Südtirol, Graubünden etc.) mangels derartiger Entwicklungsalternativen im vorgelagerten Flachland das Interesse an der Erhaltung eines stabilen inneralpinen Wirtschaftsraums a priori viel stärker.

Neben diesen Unterschieden in der wirtschaftsgeografischen Ausgangslage spielen natürlich Aspekte der Eigenverantwortlichkeit autonomer Verwaltungsebenen für die Regionalentwicklung eine bedeutende Rolle. In den folgenden Abschnitten soll daher ein kurzer Abriss über Entscheidungsstrukturen und Entwicklungspolitik in den einzelnen alpinen Regionen gegeben werden.

## 5.1 Frankreich

Sowohl Frankreich also auch – siehe nachfolgend – Italien haben in den letzten Jahrzehnten eine deutliche Hinwendung zu den föderalistischen Strukturen der deutschsprachigen Alpenländer erfahren:

---

<sup>33</sup> Edoardo Martinengo: Die Berggebietspolitik in Italien und die Schlüsselprobleme der Entwicklung des italienischen Alpenraums, in: Werner Bätzing / Paul Messerli (Hrsg.) Die Alpen im Europa der neunziger Jahre, Bern 1991, S. 220

Mit dem Gesetz vom 2. März 1982<sup>34</sup> haben die französischen *Régions*<sup>35</sup> den vollständigen Status einer Gebietskörperschaft gleich den Gemeinden (*communes*) und den Départements erreicht. Ziel ist die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Region. Die Region ist in diesem Sinne nicht so sehr als eine neue Verwaltungsebene zwischen den Départements und Paris zu verstehen, sondern eher als ein staatliches Unternehmen. Die Regionen entfalteten ihre politische Tätigkeit jedoch erst mit den ersten Regionalwahlen, die 1986 stattfanden. Hauptorgane der Region sind der Regionalrat *conseil régional* und der Wirtschafts- und Sozialbeirat *comité économique et social*. Der Regionalrat verfügt über die Budgethoheit, während der Wirtschafts- und Sozialbeirat nur eine beratende Funktion hat.

Die Region arbeitet in erster Linie einen eigenen Entwicklungsplan aus, der sich allerdings an die Vorgaben des nationalen Entwicklungsplans halten muss. Die Region verfügt vor allem über wichtige raumordnerische Kompetenzen. Mit einem Gesetz von 1988 sind die wirtschaftspolitischen Interventionsmöglichkeiten der Region weiter ausgebaut worden, die Region kann Haftungen und Garantien für öffentliche und private Anleihen übernehmen und sich am Kapital von Kreditinstituten beteiligen. Die Region verfügt des Weiteren über gewisse Kompetenzen im Bereiche der Weiterbildung, des Lehrlingswesens etc.

Die Region finanziert sich sowohl über eigene Finanzmittel (z.B. die ihr vom Staat überlassenen Gebühren für die Erteilung von Führerscheinen) als auch über Zuschläge zu den lokalen Steuern und staatliche Subventionen.

Auch die Position der Départements wurde mit den Dezentralisierungsgesetzen vom März 1982 gestärkt. Wie die Regionen sind sie gleichzeitig lokale Gebietskörperschaften, verwaltet von einem gewählten Regionalrat (*conseil général*), und staatliche Verwaltungseinheit, die einem von der zentralen Regierung ernannten Präfekten untersteht; letzterer repräsentiert die Regierung. Bis 1982 waren die Regionalräte unter der Aufsicht der Präfekten gestanden, nunmehr üben die

<sup>34</sup> Loi relative aux droits et libertés des communes, des départements et des régions, Loi n° 82-213 du 2 mars 1982; auch bekannt unter der Bezeichnung Loi Deferre, benannt nach dem damaligen Innenminister Gaston Deferre

<sup>35</sup> entstanden 1960 durch eine Zusammenfassung von Départements



Präfekten lediglich eine Legalitätskontrolle aus. Die Departements sind vor allem für Aufgaben der Infrastruktur und im Sozialbereich zuständig, wie z.B. Schulbauten (Sekundarschulen) und Schülertransporte außerhalb der Gemeindegebiete, Flurbereinigung, ländliche Infrastruktur (Départementstraßen), Gesundheitsvorsorge und Sozialleistungen, aber auch für Aufgaben im Bereich der Wirtschaftsplanung und -entwicklung sowie im Umwelt- und Landschaftsschutz.

Die Berggebietspolitik im „vorregionalen“, zentralistisch verwalteten Frankreich mag hier nur in wenigen Eckpunkten gestreift werden<sup>36</sup>. Zum einen sind hier die bekannten, vielfach kritisierten „synthetischen“ Schigebiete zu erwähnen, deren dritte Generation zwischen 1960 und 1970 im Gegensatz zu den vorangegangenen, nur allgemein begünstigten Investitionswellen mit direkter staatlicher Förderung im Rahmen einer Gesamtkonzeption (daher auch *stations intégrées* genannt) errichtet wurde. Ausgleichend zu diesen Erschließungen wurden zahlreiche Gebiete mit abgestuften naturschützerischen Widmungen belegt, von den drei im französischen Alpengebiet liegenden Nationalparks *Vanoise*, *Ecrins* und *Mercantours* bis zu den sog. *parcs régionaux* und schließlich den *réserves naturelles*.

Neben diesen touristischen Entwicklungspolen entwickelten sich ab 1970 einerseits eine defensive Bergbauernförderung (Erschwerniszulagen), andererseits gezielte Programme zur Wiederbelebung des ländlichen Raums im Rahmen der sog. *rénovation rurale*.

Diese sektoralen Handlungsebenen der französischen Berggebietspolitik – Tourismus, Natur- und Umweltschutz, Bergbauernförderung und ländlicher Raum – wurden schließlich über verschiedene Zwischenetappen im Zuge der *décentralisation* in einem Berggesetz (*loi montagne*<sup>37</sup>) vereinigt, dem ersten französischen Gesetz, das nicht mehr für das gesamte Staatsgebiet gilt, sondern nur für die 7<sup>38</sup> Gebirgsregionen dieses Staatsgebietes.

<sup>36</sup> Siehe hierzu ausführlicher: Philippe Huet: Die französische Berggebietspolitik und die aktuellen Probleme in den französischen Alpen, in: Werner Bätzing / Paul Messerli (Hrsg.) Die Alpen im Europa der neunziger Jahre, Bern 1991, S. 177 - 204

<sup>37</sup> Loi relative au développement et à la protection de la montagne, Loi n° 85-30 du 9 janvier 1985, zuletzt novelliert 2002

<sup>38</sup> Neben den Nord- und Südalpen Korsika, die Pyrenäen, das Zentralmassiv, das französische Jura und die französischen Vogesen

In diesem Gesetz wurden zunächst die sog. *comités de massifs* (Vertretung der 7 Bergregionen) und der *conseil national de la montagne* (gesamtstaatliche Repräsentanz der Bergregionen) als politische Institutionen festgelegt, die beide allerdings nur beratende Funktion (allgemeine Probleme des Berggebiets mit besonderem Fokus auf den Tourismus) haben. Weiters wird den Gemeinden eine Art Selbstverwaltung in der Entwicklungsplanung (insbesondere Tourismus) übertragen (auto-développement), und touristische Unternehmer werden zur Zusammenarbeit mit den Kommunen angehalten. Die (staatliche) Gesamtkontrolle über die touristische Entwicklung hinsichtlich technischer Sicherheit und Umweltverträglichkeit fällt – vergleichbar der mittelbaren Bundesverwaltung in Österreich – an die Präfekten der einzelnen Regionen (z.B. Entscheidung über Neuerschließungen). Schließlich werden im Berggesetz auch die Finanzmittel für die Entwicklung des Berggebiets geschaffen (Seilbahnsteuern, Loipengebühren).

## 5.2 Italien

In Italien hat der Prozess der Regionalisierung mit der 1971 erfolgten Aufwertung der Befugnisse der *Regioni* begonnen, wurde jedoch erst mit den Verwaltungsreformen von 1999 und 2001<sup>39</sup> abgeschlossen. So wurde bspw. erst mit dem Verfassungsgesetz 1/99 die Direktwahl des Vorsitzenden des regionalen Ausschusses normiert, so dass man de facto, gleich wie in Frankreich von einer relativ jungen Entwicklung sprechen kann.

Neben diesem Regionalisierungsprozess wurde in Italien schon 1952 ein Gesetz über die „zona montana“<sup>40</sup> verabschiedet, das ebenfalls 1971 regionalisiert wurde, indem die vormals 4.190 Berggemeinden der Alpen, des Apennin und Insel-Italiens zu 337 homogenen Zonen, den sog. *comunità montane* zusammengeschlossen

<sup>39</sup> Legge costituzionale 22 novembre 1999, n. 1 " Disposizioni concernenti l'elezione diretta del Presidente della Giunta regionale e l'autonomia statutaria delle Regioni " und Legge costituzionale 18 ottobre 2001, n. 3, "Modifiche al titolo V della parte seconda della Costituzione"

<sup>40</sup> Legge della montagna, vom 25. Juli 1952, Nr. 991

wurden. Diese *comunità montane* haben eine eigenständige Verwaltung<sup>41</sup>, bestehend aus Fachexperten und gewählten Vertretern, deren zentrale Aufgabe es ist, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Verbandsgebietes voranzutreiben (*piano di sviluppo socio-economico*). Die Verwaltungsarbeit der *comunità montane* wird direkt von Rom finanziert, die Mittel zur Umsetzung der sozio-ökonomischen Entwicklungsvorhaben jedoch von der betreffenden Region, die auch die Kontrolle über die jeweiligen Entwicklungsvorhaben innehat. Im italienischen Alpenraum bestehen 148 derartige *comunità montane*, bestehend aus 1.937 Gemeinden. Nach E. Martinengo<sup>42</sup> haben sich die *comunità montane* nach einer rd. zwanzigjährigen Entwicklungsarbeit zu der anerkannten politischen Vertretung des Berggebietes entwickelt.

### 5.3 Schweiz

Die Schweiz als die am stärksten vom föderalistischen Prinzip beherrschte Alpen-nation macht besonders deutlich, dass die historischen Struktur- und Entwicklungsprobleme von Bergregionen nur zum kleineren Teil Ausdruck einer politischen Vernachlässigung durch den Bund bzw. den Zentralstaat sind, sondern vor allem durch mangelnde Erschließungsmöglichkeiten bzw. Sogwirkungen benachbarter wirtschaftsstarker Räume ausgelöst wurden. Im folgenden wird auf die schweizerische Berggebiets-Politik etwas ausführlicher eingegangen, da sie stärker von eigenen nationalstaatlichen Überlegungen geprägt ist als die der EU-Alpenländer.

Die eingangs erwähnten Sogwirkungen wirtschaftsstarker Räume wurden bis in die 70er Jahre aus gesamtwirtschaftlichen Überlegungen (Lohnsteigerungen, Wirtschaftswachstum) toleriert. In den 70er Jahren setzte die mit Frey<sup>43</sup> sog. „klassische“

<sup>41</sup> Es handelt sich um eine vollwertige Gebietskörperschaft in Form eines Gemeindeverbunds.

<sup>42</sup> Edoardo Martinengo: Die Berggebietspolitik in Italien und die Schlüsselprobleme der Entwicklung des italienischen Alpenraums, in: Werner Bätzing / Paul Messerli (Hrsg.) Die Alpen im Europa der neunziger Jahre, Bern 1991, S. 217

<sup>43</sup> René L. Frey: Strategiewechsel in der Regionalpolitik, in: Baseler Zeitung, 20.10. 2002

Regionalpolitik ein, die auf eine aktive Bekämpfung der Abwanderung aus den wirtschaftsschwachen Regionen zielte. Bestandteile dieser Regionalpolitik waren im einzelnen:

(1) Das *Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über die Förderung des Hotel- und Kurortskredites* (Hotelkreditgesetz<sup>44</sup>) fördert(e) die Erneuerung von Hotelbetrieben, die zu einem Großteil aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg stammen und deren veraltete Substanz einer der Ursachen für die massiven Einbrüche im Schweizer Tourismus der 70er Jahre darstellten, und stellt in gewissem Sinne das Pendant zu den österreichischen ERP-Kreditaktionen für die Hotellerie dar.

(2) Mit dem 1974 erstmals verabschiedeten *Bundesgesetz über die Investitionshilfe für das Berggebiet IHG* (gültige Fassung 1997) wurde zunächst eine Abgrenzung des förderungsrelevanten Berggebiets vorgenommen. Das Gesetz umfasst 54 Regionen (teils ganze Kantone, überwiegend jedoch einzelne Regionen unter der kantonalen Ebene), 70 % des Staatsgebiets, 1245 der Gemeinden, aber nur 20 % der Bevölkerung<sup>45</sup>. Das Gesetz zielt im einzelnen auf die

- Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklungsvoraussetzungen und die Wettbewerbsfähigkeit im Berggebiet;
- die Ausnützung der regionaler Potentiale;
- die Erhaltung der dezentralen Besiedelung und der soziokulturellen Eigenständigkeit und Vielfalt des Landes;
- die Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung im Berggebiet;
- die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Teilregionen und Regionen.

Die Investitionshilfe besteht in der Gewährung von zinsgünstigen oder zinslosen Darlehen, welche neben öffentlich- und privatrechtlichen Körperschaften auch an Private gewährt werden kann. Die Förderung ist, neben verschiedenen anderen

<sup>44</sup> wird derzeit überarbeitet

<sup>45</sup> Vgl. P. Messerli: Herausforderungen und Bedrohungen des schweizerischen Berggebiets, in: Werner Bätzing / Paul Messerli (Hrsg.) *Die Alpen im Europa der neunziger Jahre*, Bern 1991, S. 150 ff.

Kriterien, auch mit einer mindestens gleichwertigen Förderung des Kantons junktimiert.

(3) Das *Bundesgesetz vom 25. Juni 1976 über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen in Berggebieten (BGB)* dient – ähnlich den österreichischen Bürgeskrediten – der Kreditbeschaffung für Klein- und Mittelbetriebe.

(4) Der *Bundesbeschluss vom 21. März 1997 über die Unterstützung des Strukturwandels im ländlichen Raum (Regio plus)* ist eine Impulsmassnahme, die gezielt im ländlichen Raum brachliegende Entwicklungspotentiale fördern will. Regio plus unterstützt vor allem branchenübergreifende lokale und regionale Netzwerke und schließt die Lücke zwischen Infrastruktur- und Einzelbetriebsförderung. Die Initiative geht, wie ein Überblick über bereits geförderte Projekte zeigt, vor allem in Richtung des in Italien sog. *agriturismo*: Erlebnispfade und –wanderwege verschiedenster Art, agrarische Vermarktungsinitiativen, Nationalparkmanagement, Handwerks- und Dienstleistungszentren u.ä.m.

(5) Die *Initiative Interreg*: Die Schweiz ist an dieser europäischen Initiative beteiligt, durch die die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Kooperation zwischen Staaten und Regionen Europas gefördert werden soll. Nach Abschluss der Interreg-Initiativen I und II ist gegenwärtig das Interreg III Programm mit den Schwerpunkten *III A – Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*, *III B – Transnationale Zusammenarbeit* und *III C – Interregionale Zusammenarbeit* am Laufen. INTERREG-Projekte werden primär von direkt Beteiligten und den betroffenen Kantonen finanziert. Der Bund hat für INTERREG III insgesamt 35 Millionen Franken zur Unterstützung der Schweizer Projektträger bereitgestellt.

(6) Nach dem *Bundesbeschluss vom 6. Oktober 1995 zugunsten wirtschaftlicher Erneuerungsgebiete* kann der Bund Vorhaben der privaten Wirtschaft zur Schaffung und Neuausrichtung von Arbeitsplätzen in wirtschaftlichen Erneuerungsgebieten durch Bürgschaften, Zinskostenbeiträge und Steuererleichterungen fördern.

Wiewohl die unter (4) und (5) genannten Förderungsinitiativen bereits reformistische Ansätze aufweisen, wird das Gesamtgerüst der Schweizer Regionalpolitik als veraltet

angesehen, weswegen das ECO eine externe Expertenkommission zur Ausarbeitung eines Richtlinienprogramms für eine neue Regionalpolitik NRP beauftragt hat. Der im Februar 2003 abgeschlossene Bericht *Neue Regionalpolitik (NRP)*<sup>46</sup> geht im analytischen Teil von drei zentralen Feststellungen aus: Zum einen seien die regionalen **Einkommensdisparitäten**<sup>47</sup> trotz der bestehenden Förderprogramme nicht kleiner geworden, zum zweiten leide die Schweiz, wiewohl nach wie vor eines der reichsten Länder der Welt, seit Jahren an einer anhaltenden **Wachstumsschwäche**, und zum dritten müsse die traditionell **kleinräumige Denk- und Handlungsweise** der Schweiz vor dem Hintergrund von Globalisierung und europäischer Integration überwunden werden. Kantone und Regionen hätten in diesem Kontext als Bezugsrahmen wirtschaftspolitischer Programme keine Daseinsberechtigung mehr. Der entscheidende **regionalpolitische Paradigmenwechsel** liegt jedoch in der Rolle der städtischen Agglomerationen und Wirtschaftszentren, die nunmehr als **Wachstumspole und Impulsgeber** aktiv in die regionale Förderpolitik einbezogen werden sollen (= Abgehen von der sog. „asymmetrischen“ Regionalpolitik - einseitige Förderung der Berg- und Notstandsgebiete). Entsprechend bilden Bildungs-, Forschungs- und Technologieförderung Schwerpunkte der neuen Regionalpolitik. Der ländliche Raum soll sich stärker auf diese Wachstumspole ausrichten und die von dort ausgehenden Impulse aufnehmen. In der Landwirtschaftspolitik wird der Übergang von Produktions- und Absatzsubventionen zu Direktzahlungen vorgeschlagen.

Aufbauend auf diese Grundüberlegungen stehen drei strategische Schwerpunkte im Vordergrund der neuen Regionalpolitik:

- (1) Förderung von Initiativen zur Unterstützung regionaler Wertschöpfungs-systeme und Cluster.
- (2) Förderung des Zugang zu Know-how, indem die bereits bestehende Bildungs- und Forschungsinfrastruktur besser genutzt wird.

<sup>46</sup> Expertenkommission „Überprüfung und Neukonzeption der Regionalpolitik“: Neue Regionalpolitik (NRP). Schlussbericht, Zürich, 6. Februar 2003 (Sekretariat der Expertenkommission: BHP – Brugger und Partner AG, Zürich)

<sup>47</sup> Siehe Grafik 15 und dazu gehörigen Ausführungen in Kapitel 4.1.1

(3) Stärkere Nutzung der von den größeren Zentren ausgehenden Impulse durch die ländlichen Gebiete. Gefördert werden daher Initiativen, welche die Verknüpfung mit den Zentren und/oder die horizontale Vernetzung in der Region stärken.

Für die Umsetzung dieser neuen Regionalpolitik NRP wird ein regionalpolitisches Rahmengesetz vorgeschlagen, auf dessen Basis die einzelnen Fördergesetze zu formulieren wären. Die Übergangsfrist bis zum Wirksamwerden dieser Gesetze (ca. ab 2008) soll mit einem angepassten regionalpolitischen Instrumentarium sicher gestellt werden. Die NRP sollte im wesentlichen aus den freiwerdenden Mitteln des bisherigen Förderinstrumentariums (IHG, Bürges-Aktion etc.) gespeist werden.

Die nachstehende Übersicht fasst nochmals die wesentlichen Unterschiede zwischen der – noch in Kraft stehenden – und der geplanten Neuen Regionalpolitik zusammen:

**Tabelle 17: Synoptischer Vergleich der bisherigen Regionalpolitik mit der neuen Regionalpolitik**

|                               | <b>bisherige Regionalpolitik</b>  | <b>neue Regionalpolitik</b>  |
|-------------------------------|---|--|
| Hauptanliegen                 | Abbau regionaler Disparitäten<br>(Ausgleich zwischen Regionen)  | Wettbewerbsfähigkeit von Regionen<br>durch Wachstum und Innovation   |
| Stossrichtungen               | Infrastrukturförderung<br>Einzelbetriebliche Förderung<br>Netzwerkförderung   | Förderung von Innovationsprozessen<br>Intensivierte Netzwerkförderung<br>Koordination mit Sektoralpolitiken<br>Know-How-Netzwerk<br>Regionalentwicklung                      |
| Perimeter                     | Berggebiet<br>Wirtschaftliche Problemregionen   | Flächendeckend   |
| Massstabsebene                | Kleinräumig<br>Feste Abgrenzung (54 IHG-<br>Regionen)   | Großräumig   |
| Ansatzpunkte                  | Verbesserung der Standortfaktoren<br>Schaffung von Arbeitsplätzen   | Wertschöpfung und Innovation<br>Beachtung der nachhaltigen Entwicklung   |
| Entwicklungs-<br>impulse      | Von oben nach unten   | Von unten (Unternehmer, Innovatoren)   |
| Aufgaben des<br>Bundes        | Förderung und Mitfinanzierung von<br>regionalen Entwicklungskonzepten<br>Genehmigung und Mitfinanzierung<br>von Einzelprojekten | Förderung von Clustern und Netzwerken<br>Unterstützung von Pilotprojekten<br>Unterstützung der Selbstorganisation<br>Aufstellen von Spielregeln Monitoring<br>und Evaluation |
| Finanzierungs-<br>instrumente | Projektfinanzierung aus IHG-Fonds-<br>Jahreskrediten für spezifisch<br>regionale Förderungsprogramme                            | Globalbeiträge an (Gross-) Regionen für<br>innovative Konzepte<br>ev. „Berggebietsstiftung“ und<br>„Innovationsfonds“  |

Quelle: Expertenkommission „Überprüfung und Neukonzeption der Regionalpolitik“: Neue Regionalpolitik (NRP). Schlussbericht, Zürich, 6. Februar 2003, S. 12

Von grundlegender Bedeutung für die Berggebiets- und Regionalpolitik der Schweiz wird jedoch der sog. Neue Finanzausgleich NFA sein, der einen verstärkten Solidaritätsbeitrag der finanzstarken Kantone (Geberkantone) an die wirtschaftsschwachen Berggebietskantone vorsieht und dessen Inkrafttreten nach Überwindung der parlamentarischen Hürden für 2005 vorgesehen ist. Die unterschiedlichen Finanzvolumina (Regionalpolitik bisher 80 bis 100 Millionen Franken pro Jahr, NFA über 3 Milliarden Franken) machen klar, dass dem NFA die Hauptlast bei der Stabilisierung der Berggebiete und wirtschaftsschwachen Regionen zukommen wird. Dadurch kann die Regionalpolitik für ihre zukünftigen Aufgaben – Wachstum, Innovation, etc. – freigespielt werden. Der NFA betrifft nicht nur eine Umverteilung der Finanzmitteln zwischen Bund und Kantonen, sondern revidiert auch deren föderalistische Aufgabenteilung (Überwindung des verkrusteten Föderalismus im Sinne Frey). So wird der Bund bspw. Aufgaben im Bereich des in der Schweiz sog. *Service public* - Bahnen, Post, Telekommunikation, Radio und Fernsehen – übernehmen, die bislang Sache der Kantone waren.

Verglichen mit Frankreich und Italien kann somit für die Schweiz eine genau umgekehrte Stoßrichtung hinsichtlich grundlegender Aspekte der Regionalpolitik festgestellt werden: Ging es bei den erstgenannten Ländern um eine Dezentralisierung und eine Stärkung der regionalen Autonomie, ist in der Schweiz eher eine dosierte Politik der Zentralisierung zu beobachten, sowohl auf Ebene des Bundes als auch durch die Betonung der städtischen Agglomerationen und wirtschaftsstarken Räume.

#### 5.4 Österreich

In Österreich bildet primär die Bergbauernförderung die Grundlage für die Berggebietspolitik.<sup>48</sup> Ihr Ziel ist es, die Fortführung der landwirtschaftlichen Bewirt-

<sup>48</sup> Vgl. dazu im Folgenden: Walter Seher (Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung an der Universität für Bodenkultur Wien, IRUB): Berggebietspolitik und Bergbauernförderung. Lehrunterlage



schaftung im Berggebiet zu unterstützen. Im Rahmen dieser Bergbauernförderung werden die Bewirtschaftungserschwerisse infolge Höhenlage, Hangneigung und klimatischer Benachteiligung durch produktionsunabhängige Direktzahlungen abgegolten. Ihr Geltungsbereich bezieht sich – im Gegensatz zu Vor-EU-Zeiten, als eine einzelbetriebliche Einstufung erfolgte - auf klassifizierte Berggebiete, für die folgende Kriterien gelten:

- Mindestseehöhe: 700 m (durchschnittliche Höhenlage der Gemeinde) oder
- Mindesthangneigung: 20 % (durchschnittliche Hangneigung der Gemeinde) oder als Kombinationskriterium
- Mindestens 500 m Seehöhe und mindestens 15 % Hangneigung.

Aufgrund dieser Abgrenzung fallen 58,1 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche und 48,6 % der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Österreichs unter die Kategorie „Berggebiete“. Zu den benachteiligten landwirtschaftlichen Gebieten zählen neben den Berggebieten noch die „sonstigen benachteiligten Gebiete“ und die sog. „kleinen Gebiete“, die in Österreich allerdings nur relativ geringe Gebietsanteile ausmachen.

Seit dem EU-Beitritt Österreichs setzt sich die Bergbauernförderung aus der *Ausgleichszulage für Benachteiligte Gebiete* und der *Nationalen Beihilfe* zusammen (früher *Bergbauernzuschuss*).

Die *Ausgleichszulage* ist eine flächenbezogene Direktzahlung, die zum Ausgleich für ständige natürliche Nachteile gewährt wird. Die Empfänger verpflichten sich zu einer fünfjährigen Weiterbewirtschaftung des Betriebs ab der ersten Auszahlung der Ausgleichszulage. Die Beurteilung des Ausmaßes der Bewirtschaftungserschwerisse erfolgt nach dem Berghöfekataster nach innerer (Hangneigung) und äußerer Verkehrslage sowie Klima- und Bodenverhältnissen. Die Höhe der Ausgleichszulage richtet sich nach der ausgleichszulagenfähigen Fläche, der Erschwerisbeurteilung, der Art der Fläche und der Art des Betriebes. Die Ausgleichszulage wird zu 25 % aus EU-Mitteln finanziert, den Rest teilen sich Bund und Länder im Verhältnis 60 % zu 40 %.

Die *Nationale Beihilfe* wird aus Bundes- und Landesmitteln finanziert und wird jenen Betrieben gewährt, die durch die EU-bedingten neuen Förderungsmodalitäten Einbußen erleiden, und ist auf 10 Jahre begrenzt.

Neben der spezifischen Bergbauernförderung stehen der Berglandwirtschaft auch Förderungen aus anderen Titeln offen, bspw. dem agrarischen Umweltprogramm *Österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (ÖPUL 2000)*<sup>49</sup>, in dessen Rahmen Maßnahmen wie

- Offenhaltung der Kulturlandschaft in Hanglagen
- Alpeng und Behirtung
- Biologische Wirtschaftsweise
- Haltung und Aufzucht gefährdeter Tierrassen
- Pflege ökologisch wertvoller Flächen (Wiesen und Raine, Streuobstwiesen)

in Form von jährlichen Prämien (z.B. Alpungsprämie und Behirtungszuschlag) gefördert werden. Auch bei den ÖPUL 2000-Maßnahmen gilt eine 5-jährige Teilnahmeverpflichtung.

Weiters können bspw. im Rahmen des *Österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums* Investitionsförderungen gewährt werden, bspw. für bauliche Anlagen wie Almgebäude und Zufahrtswege oder für Spezialmaschinen. Hierbei handelt sich um EU/Bund/Land-kofinanzierte Förderungen in Form von Zinsenzuschüssen zu Agrarinvestitionskrediten oder Investitionszuschüssen oder um Kombinationen aus beiden Zuschüssen. Diese Förderungsaktion gilt allerdings nicht spezifisch für das Berggebiet, sondern für das gesamte Bundesgebiet.

---

<sup>49</sup> Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft: Sonderrichtlinie C I für das österreichische Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (ÖPUL 2000)

Das Kapitel "Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten" oder kurz "Artikel 33"<sup>50</sup> des *Österreichischen Programms zur Entwicklung des ländlichen Raums* stellt eine Fortsetzung der Förderaktivitäten im Rahmen des Zieles 5b der Periode 1995 – 1999 dar. Seit dem Jahr 2000 kommen jedoch nicht mehr ausschließlich ausgewählte ländliche Regionen in den Genuss von Fördermitteln, sondern das Förderinstrumentarium des Artikels 33 steht für alle ländlichen Regionen und – unter bestimmten Voraussetzungen - auch für nichtbäuerliche Adressaten und Nutznießerkreise zur Verfügung. Leitziel des Artikels 33 ist die Förderung und Entwicklung einer marktgerechten Land- und Forstwirtschaft, die den ökologischen und gesellschaftlichen Anforderungen entspricht und ihre wirtschaftliche Existenz mit neuen interessanten Erwerbskombinationen sichert. Um die Erhaltung der Landwirtschaft und des landwirtschaftsnahen Bereiches als Rückgrat und Motor der nachhaltigen Entwicklung vitaler ländlicher Regionen sowie die Bewahrung dieser Kulturlandschaft gezielt zu erreichen, wurden im Artikel 33 sechs Förderschwerpunkte gesetzt:

- Vermarktung bäuerlicher Qualitätsprodukte
- Diversifizierung im landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Bereich
- Dorferneuerung und Dorfentwicklung
- Wasserbauliche und kulturtechnische Maßnahmen
- Verkehrserschließung
- Kulturlandschaft und Landschaftsgestaltung

Diese breite Palette an Schwerpunkten, zielt vor allem auf die Sicherung und Verbesserung der Vitalität des ländlichen Raumes ab. Es geht vor allem darum, die Chancen neuer Einkommensquellen sowie verschiedenste Kooperationsformen der Landwirtschaft, des landwirtschaftsnahen Gewerbes und Dienstleistungssektors zu nutzen und dadurch Beschäftigung in lebendigen Dörfern und Regionen zu schaffen. Um diese Vernetzungseffekte zu erzielen, sind daher – von wenigen Ausnahmen abgesehen - ausschließlich **Gemeinschaftsprojekte** förderbar.

---

<sup>50</sup> Siehe dazu: Internet-Seite des Österreichischen Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft: <http://www.lebensministerium.at/land/>

## 5.5 Bayern

Ein wesentliches Standbein der bayerischen Berggebietspolitik ist der sog. „Alpenplan“, der als vorgezogener Teilabschnitt des Bayerischen Landesentwicklungsprogramms (LEP) von 1976 bereits 1972 in Kraft trat. Es handelt sich dabei allerdings primär um ein raumordnerisches Instrument, um ein „sektorales Teilmodell zur Steuerung der Entwicklung im Bereich von Verkehr und Tourismus“<sup>51</sup>. Andere Wirtschaftsbereiche, wie etwa die Land- und Forstwirtschaft oder die Energiewirtschaft, werden nicht mit einbezogen.

Der Alpenplan unterwirft die Erschließung des Alpengebiets mit überwiegend touristisch genutzten Verkehrseinrichtungen, also

- Bergbahnen und Liften, soweit sie dem öffentlichen Verkehr dienen,
- Ski-, Grasski- und Skibobabfahrten, Rodelbahnen und Sommerrutschbahnen,
- öffentlichen Straßen, Privatstraßen und Privatwegen (mit Ausnahme von Wanderwegen) sowie
- Flugplätzen (Flughäfen, Landeplätzen und Segelfluggeländen),

im Alpengebiet Beschränkungen. Es wurden drei Schutzzonen mit unterschiedlichen Möglichkeiten für Erschließungsmaßnahmen geschaffen:

Zone A: beschränkt sich auf die Talgebiete, hier gibt es kaum Beschränkungen

Zone B: Erschließungen nur unter Einhaltung von Auflagen, die je nach Einzelfall festgelegt werden

Zone C: keine Erschließungen gestattet, umfasst 42 % der alpinen Fläche („Tabuzone“).

Der Bayerische Alpenplan ist mit ein Grund dafür, dass in Bayern keine weitläufigen Schizentren geschaffen werden konnten, wie dies etwa in anderen Alpenregionen möglich war. Mit der 3. Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP),

---

<sup>51</sup> Walter Danz: Problemlösungsstrategien im Alpenraum: in: Werner Bätzing / Paul Messerli (Hrsg.) Die Alpen im Europa der neunziger Jahre, Bern 1991, S. 120 ff.

die am 1. 4. 2003 in Kraft getreten ist, ist die sog. „Tabuzone“ noch etwas ausgeweitet worden.

Wie in Österreich ist besteht die Berggebietspolitik Bayerns im Sinne einer Entwicklungs- und Förderungspolitik praktisch ausschließlich aus der Bergbauernförderung. Entgegen den Vorstellungen der EU<sup>52</sup> forcierte Bayern seit den 70er Jahren eine flächendeckende Landbewirtschaftung im Berggebiet und in den Mittelgebirgsregionen<sup>53</sup>. Im Jahr 1970 wurden die Grundsätze dieser Agrarpolitik im *Gesetz zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft (LwFöG)* verankert. Das LwFöG bildete auch die Grundlage für das 1972 aufgelegte „Grünlandprogramm“. Die wesentlichen Elemente dieses Programms waren

1. Flächenprämien für das Grünland in Grünlandbetrieben,
2. die Investitionsförderung und
3. die Förderung von Almen/Alpen.

Den Schwerpunkt der Bergbauernförderung bildet heute die sog. *Ausgleichszulage*, die die Bewirtschaftungerschwernisse von Bergbauernbetrieben abgelten soll (sie beträgt je nach Grad der Benachteiligung zwischen 25 €/ha und 200 €/ha). Rd. 22 % der Gesamtförderungssumme flossen 2001 (rd. 24 Mio. €) ins Berggebiet.<sup>54</sup> Bei der Bewirtschaftung von Almen und Alpen gilt eine zulässige Höchstgrenze von 204 € pro Hektar.

Aus dem *Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)*, das insbesondere ökologische Leistungen der Landwirtschaft abgelten soll, wird die sog. *Gründlandprämie* ausgeschüttet, die zu einem überproportionalen Teil ebenfalls ins Berggebiet fließt. Die Prämien pro Hektar betragen zwischen 100 und 460 €. Teil B des KULAP beinhaltet die investive Förderung von Alm-, Alp- und Weidewirtschaft, wie bspw. die

<sup>52</sup> Im Gegensatz zu der Agrarstrukturpolitik der EU, die Zahl der Betriebe zu reduzieren und die Produktionsbetriebe in den Gunstlagen zu konzentrieren.

<sup>53</sup> Neben den bayerischen Alpen besitzt Bayern noch eine Reihe weiterer Berggebiete: Spessart und Rhön, Frankenwald und Fichtelgebirge, Oberpfälzer und Bayerischem Wald, Fränkischer Alb. Insgesamt machen die Berggebiete damit rund die Hälfte der Landesfläche Bayerns aus. Vgl. hierzu: Manuskriptfassung „Die bayerische Agrarpolitik für die Bergbauern“, Staatsminister Josef Miller anlässlich des Deutschen Grünlandtags am 14. Juni 2002 in Schönau am Königsee (Quelle: <http://www.stmfl.bayern.de/publikationen/ministerreden/2002/re065-02.html>)

<sup>54</sup> Siehe hierzu und im weiteren: Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten: Agrarbericht 2002, München 2003, S. 167 f.

Förderung von Alphütten und Viehschutzhütten. Rd. 80 % der ausgezahlten Mittel flossen 2000/2001 wiederum ins Berggebiet (rd. 4,2 Mio. €).

Weiters stehen den landwirtschaftlichen Betrieben Mittel aus den Programmen *Ländliche Entwicklung durch Flurneuordnung und Dorferneuerung* sowie aus dem *Bayerischen Agrarkreditprogramm* zur Verfügung.

## 5.6 Slowenien

In Slowenien fand nach 1945, entsprechend dem sozialistisch-planwirtschaftlichen Wirtschaftsmodell der ehemaligen Ostblockländer, eine alpenweit beispiellose Industrialisierung in den Alpengebieten statt, die auch eine entsprechende Urbanisierungs- und Zuzugswelle mit sich brachte.<sup>55</sup> Insbesondere die Gemeinden im Grenzland zu Österreich sind – sind ganz im Gegensatz zu den Grenzlandgemeinden auf der österreichischen Seite, wo großteils Tourismus und Landwirtschaft vorherrschen - monostrukturierte Industriestandorte: Kranj, Jesenice, Trzič, Ravne. Auch in die peripher gelegenen Alpengebiete wurde das Konzept der Industrieansiedlung ausgeweitet, um die Abwanderungsgefahr zu stoppen. Dieser Industrialisierungsboom hielt bis in die 80er Jahre an, wenngleich keine großen Industrieanlagen mehr errichtet wurden.

Dank dieser sog. *polyzentrischen regionalen Entwicklungspolitik*, die darin bestand, Industriestandorte auch in peripheren Gebieten außerhalb der klassischen Industrieachse Jesenice-Kraj-Ljubljana-Celje-Maribor zu errichten, gehören die Alpengebiete Sloweniens zu den wohlhabenderen Regionen des Landes. Noch in den 80er Jahren war das Einkommen der Bevölkerung in den Alpenregionen viermal so hoch wie im jugoslawischen Mittel und doppelt so hoch wie in den anderen Großregionen Sloweniens. Ausnahme war das Isonzotal entlang der italienischen

<sup>55</sup> Vgl. hierzu: Anton Gosar: Die Schlüsselprobleme in den Slowenischen Alpen und die Zukunft der Alpen aus jugoslawischer Sicht, in: Werner Bätzing / Paul Messerli (Hrsg.) Die Alpen im Europa der neunziger Jahre, Bern 1991, S. 93 ff.

Grenze, das stark von Abwanderung geprägt war und erst in jüngerer Zeit durch touristische Angebote wieder einen Aufschwung erlebt hat (Bovec). Allerdings führte diese Entwicklungsstrategie in Slowenien vielfach auch dazu, dass starke Pendel- und letztlich Wanderungsbewegungen aus den Berggebieten zu diesen Industriestandorten einsetzten, weil dort die Verdienstmöglichkeiten deutlich besser waren. So kam es dazu, dass sich einige Berggebiete fast völlig entleerten und auch die alpine Landwirtschaft vernachlässigt wurde. Die touristische Entwicklung wurde im ehemaligen Jugoslawien aus ideologischen Gründen nicht als Möglichkeit einer aktiven Entwicklungspolitik für das Berggebiet erachtet. Etwa Mitte der 70er Jahre begann Jugoslawien, die darnieder liegende Landwirtschaft, besonders auch die Betriebe im Berggebiet, die der Verstaatlichung entgangen waren, zu fördern. Die Bauern im Berggebiet unterlagen praktisch keiner Flächenbeschränkung mehr, die Milchproduktion wurde subventioniert, Investitionsförderungen wurden eingeführt. Auch die Bewirtschaftung der Almen wurde gefördert.

## 6. Regionalpolitik der Europäischen Union

Rd. 80 % des Alpenraums werden von EU-Mitgliedsstaaten gehalten. Dieser Anteil wird sich mit dem Beitritt Sloweniens noch auf 87 % erhöhen. Über die Interreg-Programme sind Slowenien und die Schweiz weiters schon derzeit in die EU-Regionalpolitik eingebunden. Die – für alle Mitgliedsländer geltenden – Grundzüge der EU-Regionalpolitik sollen daher einleitend zum Überblick über die EU-Regionalförderung im Alpenraum kurz skizziert werden:

Die Regionalpolitik stellt mit rd. 35 % des Gesamtbudgets hinter der Agrarpolitik (46 %) den größten Budgetposten der EU dar. Sie gliedert sich in die seit 1989 als *Strukturfonds* bezeichneten Mittel und in den sog. *Kohäsionsfonds*, der zur Deckung des Verkehrsinfrastruktur- und Umwelt-Aufholbedarfs in Spanien, Portugal, Griechenland und Irland dient und daher hier nicht zur Diskussion steht.

In den Strukturfonds sind wiederum vier Finanzinstrumente vereinigt, wovon drei

- der (1) Europäische Sozialfonds ESF (1958),
- der (2) Europäische Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft EAGFL (1958),
- der (3) Europäische Regionalfonds EFRE (1975)

noch aus EWG-Zeiten stammen und der vierte Fonds für die (4) Ausrichtung der Fischerei FIAF 1993 hinzugekommen ist.

Die Zielsetzungen der einzelnen Fonds mögen hier nur summarisch umrissen werden: Der (1) Europäische Sozialfonds ESF hat demnach die Aufgabe, *die "Beschäftigungsfähigkeit" der Menschen entwickeln oder wiederherstellen* sowie *den Bürgern entsprechende Qualifikationen und soziale Kompetenz zu vermitteln und damit ihr Selbstvertrauen und ihre Anpassungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu steigern*<sup>56</sup>. Der (2) Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft EAGFL hat die *Anpassung der Agrarstrukturen und Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums zum Ziel*<sup>57</sup>. Die Mittel des (3) Europäischen Regionalfonds EFRE fördern hauptsächlich

- *Produktive Investitionen zur Schaffung oder Sicherung von Arbeitsplätzen*
- *Infrastrukturen*
- *Lokale Entwicklungsinitiativen und Unterstützung der Tätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen*<sup>58</sup>.

Die Zielsetzungen des (4) Fonds für die Ausrichtung der Fischerei FIAF sind, da auf die Meeresfischfang gerichtet, für die vorliegende Studie irrelevant.

Von den Gesamtmitteln der Strukturfonds sind 70 % für Gebiete reserviert, deren BIP/Kopf 25 % unter dem EU-Durchschnitt liegt (= **Regionen mit Entwicklungsrückstand**, sog. **Ziel 1-Gebiete**). An der Ziel 1-Förderung sind sowohl EFRE als auch ESF und EAGFL beteiligt.

<sup>56</sup> [http://europa.eu.int/comm/employment\\_social/esf2000](http://europa.eu.int/comm/employment_social/esf2000)

<sup>57</sup> <http://www.daa-bw.de/euro/html/eagfl.htm>

<sup>58</sup> [http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/funds/prord/prord\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/funds/prord/prord_de.htm)



Weitere 11,5 % entfallen auf **Regionen mit Strukturproblemen** (= sog. **Ziel 2-Gebiete<sup>59</sup>**), wobei eine Typisierung wie folgt vorgenommen wurde: Industriegebiete, ländliche Gebiete, städtische Gebiete, vom Fischfang abhängige Gebiete. Das für alle diese Gebietstypen maßgeblichste Kriterium für die Abgrenzung der Gebietskulisse ist **eine über dem EU – Durchschnitt liegende Arbeitslosenquote**, verbunden mit zusätzlichen Kriterien für die einzelnen Gebietstypen. Für den im Alpenraum vorherrschenden Gebietstyp *ländliche Gebiete* sind dies

- Bevölkerungsdichte unter 100 EW/Quadratkilometer, und
- doppelt so hoher Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten wie im EU-Durchschnitt.

Die Mittel für die Ziel 2-Förderung stammen aus EFRE und ESF.

Für **Ziel 3-Förderung von Bildung, Ausbildung und Beschäftigung** – gibt es keine Gebietskulisse, ausgenommen davon, dass Ziel 1-Gebiete von diesem Programm ausgeschlossen sind. Für Ziel 3 stehen 12,3 % der Strukturfonds (ESF) zur Verfügung.

Insgesamt stehen den an den Alpen beteiligten Nationen für das Strukturprogramm 2000 – 2006 folgende Mittel zur Verfügung:

**Tabelle 18: Verteilung der Mittel des Strukturfonds nach Zielen und Alpenländern (in Millionen Euro)**

| Mitgliedsstaat | Ziel 1 (inkl. Übergangsunterstützung <sup>60</sup> ) | Ziel 2 (inkl. Übergangsunterstützung <sup>61</sup> ) | Ziel 3 | Gesamt |
|----------------|--|--|--------|--------|
| Deutschland    | 19.958   | 3.510  | 4.581  | 28.049 |
| Frankreich     | 3.805  | 6.050  | 4.540  | 14.395 |
| Italien        | 22.122   | 2.522  | 3.744  | 28.388 |
| Österreich     | 261  | 680  | 528    | 1.469  |

Quelle: Regionalpolitik – Info regio

<sup>59</sup> Zusammenfassung der Ziel 2- und der Ziel 5b-Gebiete des Planungszeitraums 1994 - 1999

<sup>60</sup> Enthalten Regionen, die sich in der Periode 94 – 99 bereits weitgehend erholt haben

<sup>61</sup> Ehemalige Ziel 2 und Ziel 5b (Ländlicher Raum) – Gebiete aus Programmperiode 1994 - 1999

Wie ersichtlich, zeigen **Deutschland** und **Italien** bei der **Ziel 1-Förderung** sowohl absolut also auch relativ zur Einwohnerzahl ein deutliches Übergewicht vergleichsweise zu Frankreich und Österreich. Die Gebietskulissen für Ziel 1 umfassen in **Deutschland** faktisch die gesamten neuen Bundesländer, in **Italien** den Mezzogiorno (Apulia, Basilicata, Calabria, Campania) inklusive Sizilien und Sardinien. In **Frankreich** beschränkt sich die Ziel 1 - Förderung auf die Übersee-Départements (Französisch-Guyana, Guadeloupe, Réunion, Martinique), auf Korsika und ein kleines Gebiet im Département *Nord* an der Grenze zu Belgien. In Österreich fällt, wie erwähnt, noch das Burgenland in die Ziel 1 - Gebietskulisse. Da das Ziel 1 - Kriterium auf der in Frankreich und Italien relativ großräumigen NUTS2 – Ebene festgelegt ist, gibt es im gesamten engeren<sup>62</sup> **Alpenraum kein Ziel 1-Gebiet**, weil „ärmere“ Départements oder Provinzen (NUTS3 – Ebene) innerhalb einer Region von den wohlhabenden Nachbardépartements oder Nachbarprovinzen ausgeglichen werden.

Die Gebietskulisse für die **Ziel 2 – Förderung** massiert sich in **Deutschland** längs der Grenze zu Tschechien bzw. zu den neuen Bundesländern, ferner an einigen Nord- und Ostseegebieten sowie einigen verstreuten Regionen der alten Bundesländer. Der deutsche Alpenstreifen fällt völlig aus der Förderkulisse des Ziels 2 heraus. In **Frankreich** konzentriert sich die Ziel 2 – Förderung einerseits auf Südfrankreich (Midi, Pyrénées, Limousin, Auvergne, Languedoc), andererseits fast flächendeckend auf die **alpinen** Départements der Region PACA, wogegen in der Region Rhône-Alpes nur einige Randstreifen der Départements Savoie, Isère und Drôme in die Ziel 2 – Gebietskulisse fallen. Die übrigen Fördergebiete liegen relativ verstreut (Bretagne, Normandie etc.). Die **italienische** Förderkulisse für Ziel 2 schließt, ähnlich wie in Deutschland, schwerpunktmäßig an die Ziel 1 – Gebiete an und zieht sich dementsprechend durch den oberen, mittelitalienischen Teil des Stiefels mit vielen Übergangs-Fördergebieten (ehemalige 5b – Gebiete). Der italienische Alpenraum ist nur sehr „ausgefranst“ in die Ziel 2 – Förderung einbezogen: Die Provinz Verbano-Cusio-Ossola im Piemont und die alpinen Gebiete der Provinzen Belluno, Udine in der Region Friaul-Julisch Venetien zeigen noch die relativ dichtesten Fördergebiete. In **Österreich** konzentriert sich das Fördergebiet längs der tschechischen (Mühlviertel, Waldviertel, Weinviertel) und slowenischen -

<sup>62</sup> In der Alpenraum - Abgrenzung gemäß Alpenkonvention) fällt in der Programmperiode 2000 – 2006 noch das Nord-, Mittel- und Südburgenland in die Ziel 1 – Gebietskulisse.

italienischen Grenze (Südsteiermark, Unterkärnten, Oberkärnten, Osttirol) und im Dreieck zwischen Niederösterreich, Steiermark und Oberösterreich. Hierzu kommen noch einige isolierte Fördergebiete (Lungau, Tiroler Oberland, Rheintal, Bregenzer Wald).

Weitere 5,35 % der Mittel aus den Strukturfonds werden für sog. Gemeinschaftsinitiativen zur Verfügung gestellt, um gemeinsame Lösungen für Probleme zu finden, die überall in der Gemeinschaft bestehen. Für den Alpenraum sind insbesondere die sog. *Interreg III* – Programme zur Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und die *Leader+* - Programme zur Förderung der Kooperation im ländlichen Raum relevant. Daneben existieren im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen noch die Programme *Urban II* zur Wiederbelebung von krisenbetroffenen Städten und *Equal* zur Beseitigung von Diskriminierungen und Chancenungleichheiten am Arbeitsmarkt. Aus diesen Gemeinschaftsinitiativen stehen den am Alpenraum beteiligten Nationen für die Periode 2000 – 2006 folgende Mittel zur Verfügung:

Tabelle 19: Verteilung der Mittel des Strukturfonds nach Gemeinschaftsinitiativen und Alpenländern (in Millionen Euro)

| Mitgliedsstaat | Interreg III | Leader+ | Urban II | Equal | Gesamt |
|----------------|--------------|---------|----------|-------|--------|
| Deutschland    | 900          | 467     | 106      | 485   | 1.958  |
| Frankreich     | 426          | 267     | 108      | 371   | 1.172  |
| Italien        | 349          | 78      | 28       | 196   | 651    |
| Österreich     | 129          | 52      | 68       | 5     | 254    |

Quelle: Regionalpolitik – Info regio

## B. Wirtschaftsstatistische Analyse

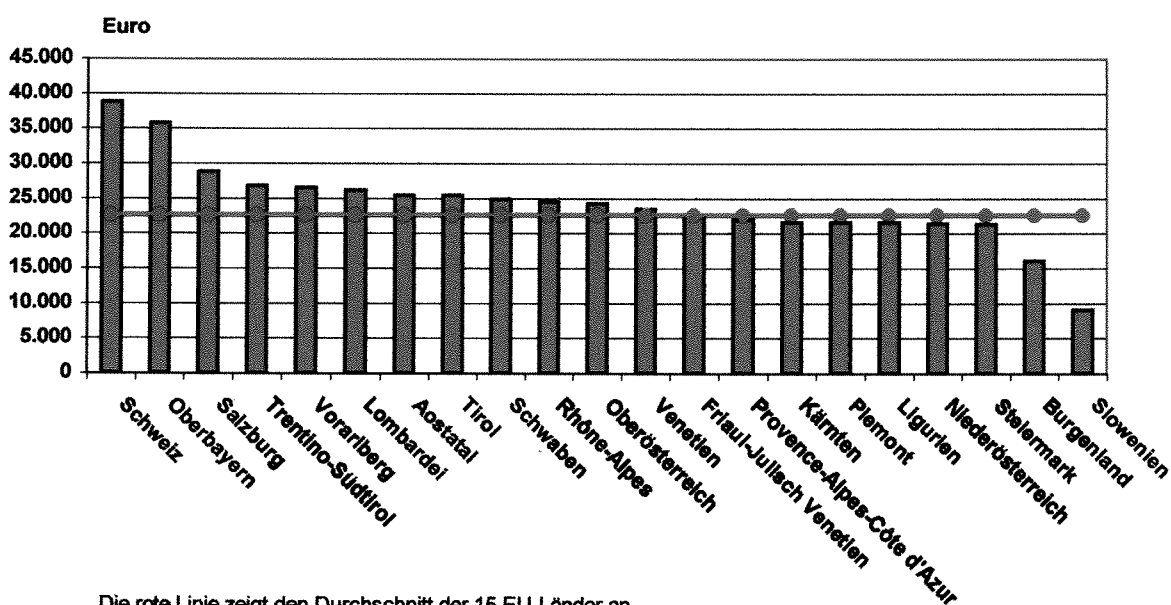
### 1. Analyse nach Regionen und Ländern (NUTS2 – Ebene)

#### 1.1 Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf als genereller Wohlstandsindikator

##### 1.1.1 Vergleich mit dem EU-Durchschnitt

In der nachfolgenden Grafik ist das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf als Indikator für die Wirtschaftskraft und somit auch für das allgemeine Wohlstandsniveau dargestellt. Mit Ausnahme der Regionen Rhône-Alpes und Lombardei finden sich alle Regionen, die in den vergangenen 130 Jahren stark von Bevölkerungsverlusten betroffen waren, in der unteren Hälfte der Wohlstandsskala.

Grafik 2: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2000 der Alpenregionen nach NUTS2-Einheiten



Quelle: Statistische Ämter der Regionen und Staaten, Eurostat

Auch Kärnten, Steiermark, Niederösterreich und Burgenland, durch Jahrzehnte Anrainerregionen des Eisernen Vorhangs, gehören zu den ärmeren Regionen.

Dennoch ist die Wirtschaftskraft in den alpinen NUTS2-Regionen im Schnitt nicht ungünstig: Mit Ausnahme des Burgenlands und Sloweniens weisen alle Regionen ein Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt auf, das über oder nur knapp unter dem Durchschnittswert für alle EU-Länder (22.600 Euro) liegt.

Slowenien läuft im Alpenländervergleich gewissermaßen noch außer Konkurrenz mit. Seit der erlangten Unabhängigkeit vor 12 Jahren hat sich die wirtschaftliche Situation so weit verbessert, dass Slowenien inzwischen sogar Griechenland überholt und Portugal eingeholt hat. Im Vergleich zu den anderen alpinen Regionen liegt die Wirtschaftskraft Sloweniens aber noch weit zurück.

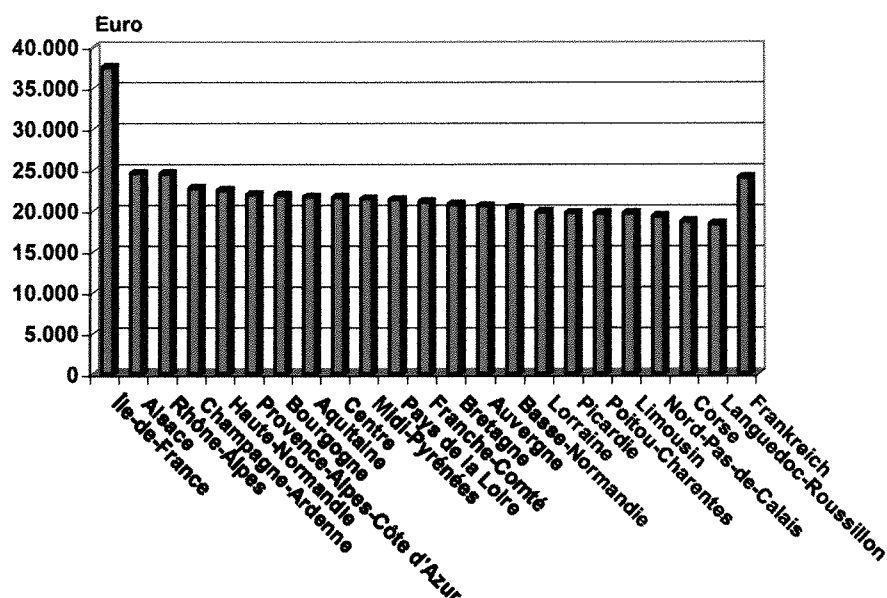
Für Monaco liegt kein entsprechender Wert für 2000 vor, der Wert für Liechtenstein ist aufgrund einer beträchtlichen Pendlerzahl sehr stark überhöht und eignet sich daher nicht für internationale Vergleiche.

### 1.1.2 Position im nationalen Vergleich

#### **Frankreich:**

Die beiden alpinen Regionen Rhône-Alpes und Provence-Alpes-Côte d'Azur weisen nach der Region Île-de-France (Sitz der Hauptstadt Paris) mit 10 % (Rhône-Alpes) bzw. 7 % (PACA) die höchsten Anteile am französischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf. Beim BIP pro Kopf liegen die beiden Regionen mit 24.500 € (Rhône-Alpes) und 21.900 € (Provence-Alpes-Côte d'Azur) an dritter bzw. an sechster Stelle der insgesamt 22 französischen Regionen:

Grafik 3: Das Bruttoinlandsprodukt/Kopf 2001 Frankreichs nach Regionen

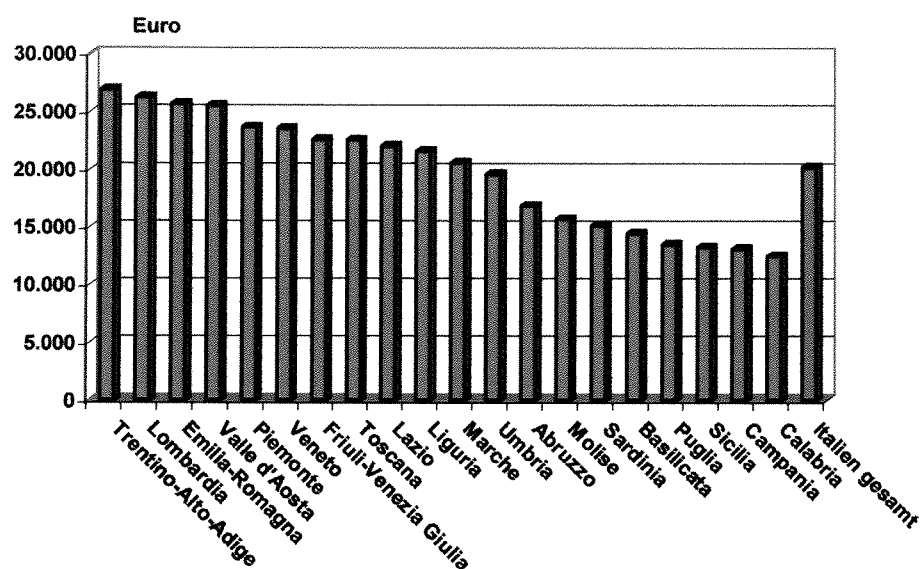


Quelle: Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques (INSEE)

### Italien:

Sämtliche italienische Alpenregionen weisen im Vergleich zum Italien-Schnitt ein höheres BIP pro Kopf auf. Das höchste Wohlstandsniveau weisen die Regionen Trentino-Südtirol (BIP pro Kopf: 26.800 €), die Lombardei (26.200 €) und das Aostatal (25.500 €) auf. Jene Regionen, die in den vergangenen Jahrzehnten stark von Entsiedelung betroffen waren (siehe Kapitel 3.1.1) – Piemont, Ligurien, Venetien, Friaul-Julisch Venetien – bilden auch bei der Rangfolge der Wirtschaftskraft die Schlusslichter. Im Vergleich zum übrigen Italien (20.165 €) sind die im Norden gelegenen Alpenregionen jedoch allesamt mit einer hohen Wirtschaftskraft und entsprechend hohem Wohlstandsniveau ausgestattet. Die Emilia-Romagna, die Toskana und Lazio können noch mit den Pro-Kopf-Werten der Alpenregionen mithalten, bei Umbrien beginnt bereits das beachtliche Wohlstandsgefälle von Nord nach Süd: Kalabrien etwa weist mit einem BIP pro Kopf von 12.400 € nicht einmal mehr die Hälfte des Wertes der drei „reichsten“ norditalienischen Provinzen auf.

Grafik 4: Das Bruttoinlandsprodukt/Kopf 2000 Italiens nach Regionen



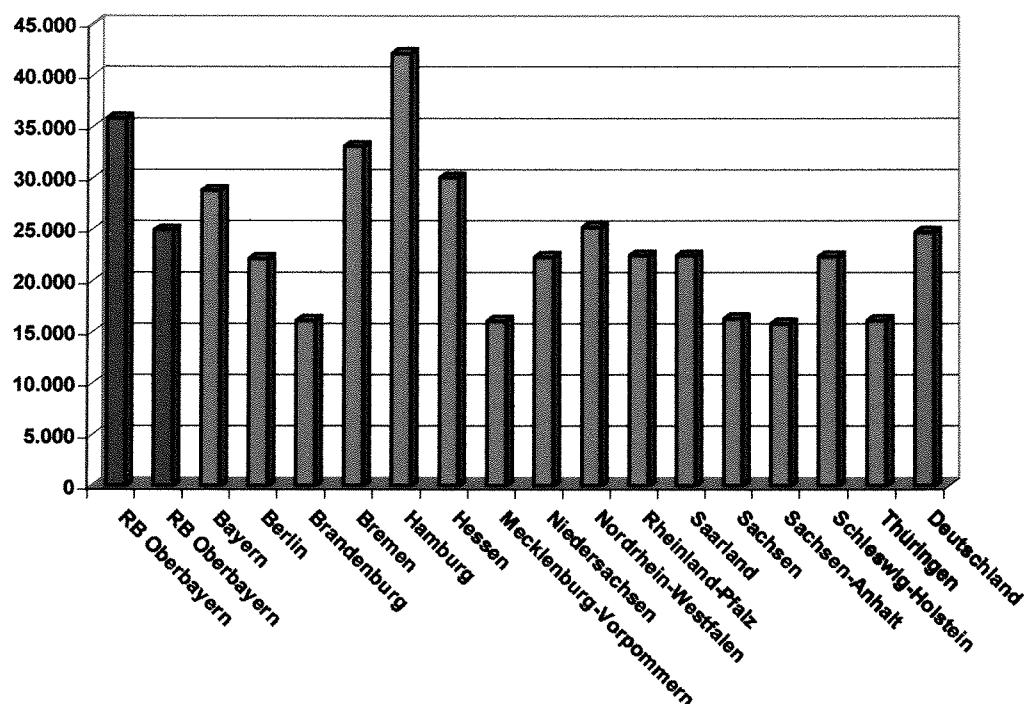
Quelle: Istituto Nazionale di Statistica (ISTAT)

### Deutschland:

Bayern insgesamt gehört zu den wirtschaftsstarken Bundesländern in Deutschland: Mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von rd. € 28.700 (Jahr 2000) liegt Bayern im gesamtdeutschen Vergleich an vierter Stelle hinter Hamburg, Bremen und Hessen. Der gesamtdeutsche Wert wird durch die neuen Bundesländer<sup>1</sup> deutlich gedrückt, Bayern übertrifft allerdings auch den Durchschnittswert für die alten Bundesländer (rd. € 26.800) noch deutlich. Im Regierungsbezirk Oberbayern liegt das BIP/Kopf mit rd. € 35.700 um ein Viertel über dem bayerischen Durchschnittswert, im Regierungsbezirk Schwaben hingegen ist das BIP/Kopf deutlich unterdurchschnittlich (€ 24.900, d.s. ca. 13 % unter dem bayerischen Schnitt).

<sup>1</sup> durchschnittliches BIP/Kopf € 16.079.

Grafik 5: Das Bruttoinlandsprodukt/Kopf 2000 Deutschlands nach Bundesländern



RB = Regierungsbezirk

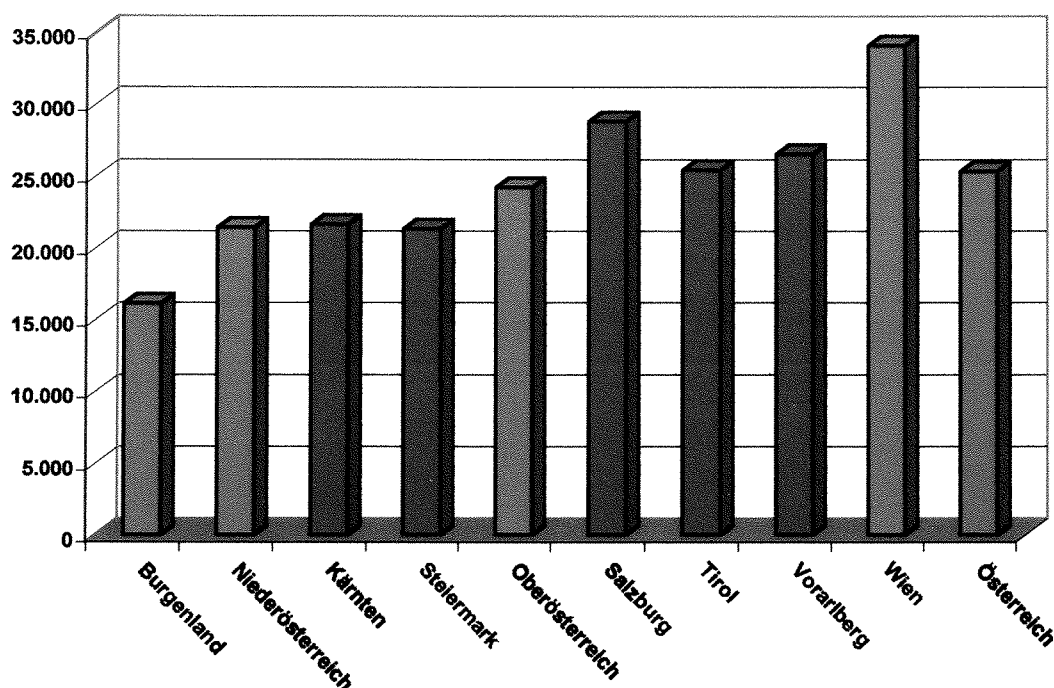
Quelle: Arbeitskreis volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder  
[www.statistik.baden-wuerttemberg.de](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de)

### Österreich:

Die Wirtschaftskraft der alpinen Kernregionen in Westösterreich, die mit ihrer gesamten Landesfläche dem alpinen Raum zuzurechnen sind - Salzburg, Tirol, Vorarlberg – hat ein überdurchschnittliches Niveau: Ihre BIP/Kopf-Werte werden lediglich von jenen der Bundeshauptstadt Wien übertroffen. Unter dem österreichischen Schnitt liegt allerdings Kärnten, das ebenfalls zu den alpinen Kernregionen zu zählen ist. Die übrigen Bundesländer, die – mit Ausnahme der Steiermark - großteils nur noch in den östlichen Alpen-Ausläufern gelegen sind, liegen recht deutlich unter dem Österreich-Schnitt, welcher allerdings stark durch die Bundeshauptstadt Wien (34.100 €) nach oben verzerrt wird.



Grafik 6: Das Bruttoinlandsprodukt/Kopf 2000 Österreichs nach Bundesländern



## 1.2 EU-Regionalförderung als Indikator für wirtschaftsstrukturelle Probleme

Innerhalb der Ziel 2-Förderung eignet sich insbesondere der **Anteil der in der Ziel 2-Gebietskulisse lebenden Bevölkerung** an der jeweiligen Gesamtbevölkerung als Indikator für das Ausmaß von wirtschaftsstrukturellen Problemen einer Region und entsprechend für interregionale Vergleiche. Andere Indikatoren, wie etwa die Förderquote pro Kopf der Bevölkerung, ergeben ein verzerrtes Bild, weil sie die – unterschiedlich hohen – nationalen und privaten Kofinanzierungen mit einschließen.

Tabelle 20 listet die EU-Alpenregionen nach dem Anteil der in Ziel 2-Gebieten lebenden Bevölkerung an der Bevölkerung der jeweiligen Region insgesamt auf. Zum Vergleich sind in Klammer die Rangziffern beige gesetzt, die die jeweiligen Regionen beim BIP/Kopf innerhalb der EU-Gebiete innehatten:

Tabelle 20: Ranking der Alpenregionen nach Anteilen der Ziel 2 – Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung

| Ziel 2 – Bevölkerung in % der Bevölkerung gesamt |       |
|--|-------|
| 1. Lombardei (4)                                 | 7,1%  |
| 2. Trentino - Südtirol (2)                       | 13,6% |
| 3. Vorarlberg (3)                                | 15,1% |
| 4. Veneto (9)                                    | 16,5% |
| 5. Salzburg (1)                                  | 18,0% |
| 6. Oberösterreich (8)                            | 21,9% |
| 7. Friaul-Julisch Venetien (10)                  | 23,6% |
| 8. PACA (11)                                     | 29,4% |
| 9. Rhône-Alpes (7)                               | 30,1% |
| 10. Ligurien (14)                                | 30,2% |
| 11. Tirol (6)                                    | 30,6% |
| 12. Piemont (13)                                 | 31,3% |
| 13. Niederösterreich (15)                        | 32,0% |
| 14. Aostatal (5)                                 | 33,6% |
| 15. Kärnten (12)                                 | 48,8% |
| 16. Steiermark (16)                              | 54,9% |

Quelle: [http://eu.int/comm/regional\\_policy](http://eu.int/comm/regional_policy), eigene Berechnungen

Wie ersichtlich, verbessert sich unter den Aspekten *Arbeitslosigkeit*, *Bevölkerungsdichte*, *Agrarquote* mehrheitlich die Position der italienischen Regionen gegenüber dem Ranking nach dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, wogegen die österreichischen Regionen durch die niedrigere Bevölkerungsdichte und die höhere Agrarquote tendenziell zurückfallen.

Von der Größenordnung der Anteilswerte her betrachtet, ergibt sich bei rund 30 % der Ziel 2-Bevölkerung ein deutlicher Sprung, beginnend mit den französischen Regionen PACA und Rhône-Alpes über Ligurien, Tirol, Piemont, Niederösterreich, Aostatal, Kärnten und Steiermark. Alle diese Regionen können als *mit größeren wirtschaftstrukturellen Problemen belastet* eingestuft werden. Besonders auffallend in dieser Gruppe ist das Aostatal, das entgegen dem italienischen Trend massiv gegenüber dem Ranking nach dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zurückfällt.

Die Lombardei, Trentino-Südtirol, Vorarlberg und – mit Abstrichen – auch Salzburg bestätigen durch ihre geringen Anteile an Ziel 2-Bevölkerung die positive Performance im Rahmen des BIP/Kopf-Rankings.

## 2. Analyse nach alpiner Kern- und Randzone (NUTS3 – Ebene)

### 2.1 Abgrenzung der alpinen Kern- und Randzone

Die vorhergehende Darstellung auf NUT2-Ebene beinhaltet – siehe Teil A – in vielen Fällen bereits hochverdichtete Industrieräume im Flachland und verzerrt insofern die Vergleichbarkeit der ökonomischen Situation **im Alpenraum**. Im folgenden Abschnitt werden nur mehr

- a) die französischen Départements,
- b) die italienischen Provinzen,
- c) die slowenischen Bezirke,
- d) die schweizerischen Kantone
- e) die deutschen Landkreise,
- und
- f) die (Teilgebiete der) österreichischen Bundesländer

mit einem **Alpenanteil von jeweils über 50%** herausgegriffen. Die gegenüber Frankreich und Italien kleinräumigere Gebietsabgrenzung in Deutschland, Österreich und der Schweiz erlaubt hierbei zwar verschiedentlich eine trennschärfere Herausarbeitung prosperierender und weniger prosperierender Gebiete, bewirkt aber andererseits eine gewisse Unübersichtlichkeit. Es wird daher zusätzlich zwischen einer **(1) alpinen Kernzone** mit einem Alpenanteil von 80 % bis 100 % und einer **(2) alpinen Randzone** mit einem Alpenanteil von 50 % bis 80 % unterschieden.

Zusätzlich zum Abgrenzungskriterium *Alpenanteil über 50 %* wurde festgelegt, dass zumindest mehr als 10 % der Bevölkerung auch in diesem Alpenzonen leben. Unter diesem Aspekt fallen einige französische Départements und italienische Provinzen mit einem an sich über 50 % liegenden Alpenanteil aus der Betrachtung heraus: Es handelt sich in West-Ost-Richtung um die Départements *Drôme* und *Alpes-Maritimes* sowie um die Provinzen *Imperia* und *Savona*.

Insgesamt betrifft damit die folgende Darstellung folgende NUTS3-Einheiten:

Tabelle 21: Zusammenstellung der Gebietseinheiten der alpinen Kern- und Randzone

| Staat       | Alpine Kernzone  | Alpine Randzone   |
|-------------|--|---|
| Deutschland | Berchtesgadner Land, Garmisch-Partenkirchen, Miesbach, Oberallgäu  | Traunstein, Tölz-Wolfratshausen   |
| Frankreich  | Hautes-Alpes   | Alpes-de-Haute-Provence, Isère, Haute-Savoie, Savoie  |
| Italien     | Belluno, Sondrio, Südtirol, Trentino, Valle d'Aosta, Verbania (= Verbano-Cusio-Ossola)   | Bergamo, Brescia, Como, Cuneo, Lecco, Torino, Udine   |
| Österreich  | Kärnten: Klagenfurt-Villach, Oberkärnten, Unterkärnten;<br><br>Oberösterreich: Traunviertel<br><br>Steiermark: Obersteiermark, Liezen<br><br>Salzburg: Lungau, Pinzgau-Pongau,<br><br>Tirol: Innsbruck, Tiroler Oberland, Tiroler Unterland, Innsbruck, Osttirol, Außerfern<br><br>Vorarlberg: Bludenz-Bregenzerwald | Oberösterreich: Steyr – Kirchdorf<br><br>Steiermark: West- und Südsteiermark<br>Salzburg: Salzburg u. Umgebung<br><br>Vorarlberg: Rheintal-Bodenseegebiet |
| Slowenien   | Gorenjska, Goriška, Koroška  |   |
| Schweiz     | Appenzell, Glarus, Graubünden, Unterwalden, Tessin, Uri, Wallis  | Bern, Luzern, St.Gallen, Schwyz   |

Quelle: eigene Zusammenstellung

## 2.2 Alpine Kernzone

### 2.2.1 Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf

In Tabelle 22 wurden die 35 Gebiete der alpinen Kernzone in vier Gruppen eingeteilt; je nachdem, ob ihr BIP/Kopf um mehr als 25 % über, bis zu 25 % über, bis zu 25 % unter oder schließlich um mehr als 25 % unter dem EU-Durchschnitt liegt.

Tabelle 22: Gebiete der alpinen Kernzone, gereiht nach Höhe des BIP (Schweiz: Volkseinkommen\*) / Kopf

| Relation zu EU-Durchschnitt          | Alpine Kernzone            | BIP/Kopf 1999 |
|--------------------------------------|----------------------------|---------------|
| mehr als 25 % über EU – Durchschnitt | 1. Glarus                  | 36.728        |
|                                      | 2. Unterwalden             | 30.570        |
| über EU – Durchschnitt               | 3. Graubünden              | 27.929        |
|                                      | 4. Uri                     | 27.527        |
|                                      | 5. Bludenz-Bregenzer Wald  | 27.457        |
|                                      | 6. Appenzell               | 27.198        |
|                                      | 7. Südtirol                | 26.928        |
|                                      | 8. Innsbruck u. Umgebung   | 26.251        |
|                                      | 9. Tessin                  | 26.075        |
|                                      | 10. Klagenfurt-Villach     | 25.453        |
|                                      | 11. Tiroler Unterland      | 24.143        |
|                                      | 12. Pinzgau-Pongau         | 24.128        |
|                                      | 13. Valle d'Aosta          | 24.028        |
|                                      | 14. Trentino               | 23.579        |
|                                      | 15. Wallis                 | 23.112        |
|                                      | 16. Garmisch-Partenkirchen | 22.660        |
| unter EU – Durchschnitt              | 17. Belluno                | 22.488        |
|                                      | 18. Tiroler Oberland       | 22.289        |
|                                      | 19. Lungau                 | 21.921        |
|                                      | 20. Berchtesgadener Land   | 21.585        |
|                                      | 21. Außerfern              | 21.405        |
|                                      | 22. Obersteiermark         | 21.212        |
|                                      | 23. Traunviertel           | 20.713        |
|                                      | 24. Miesbach               | 20.512        |
|                                      | 25. Sondrio                | 20.202        |
|                                      | 26. Hautes-Alpes           | 19.738        |
|                                      | 27. Liezen                 | 19.575        |
|                                      | 28. Oberallgäu             | 19.551        |
|                                      | 29. Osttirol               | 19.489        |
|                                      | 30. Verbano-Cusio-Ossola   | 18.145        |
|                                      | 31. Oberkärnten            | 17.785        |

Fortsetzung Tabelle 22:

| Relation zu EU-Durchschnitt         | Alpine Kernzone  | BIP/Kopf 1999 |
|-------------------------------------|------------------|---------------|
| mehr als 25 % unter EU-Durchschnitt | 32. Unterkärnten | 16.747        |
|                                     | 33. Goriška      | 9.758         |
|                                     | 34. Gorenjska    | 8.811         |
|                                     | 35. Koroška      | 8.278         |

\* Bei den schweizerischen Kantonen musste mangels Verfügbarkeit auf kantonaler Basis das Volkseinkommen anstelle des BIP herangezogen werden, welches im Schnitt zwischen 15 und 20 % unter dem BIP liegt.

Quelle: EUROSTAT, Statistisches Bundesamt Bern, Statistik Austria, Statistisches Amt der Republik Slowenien

Die erste Gruppe umfasst mit den Schweizer Kantonen Glarus und Unterwalden Gebiete, die sich durch eine besonders florierende Industrie auszeichnen.

Die zweite Gruppe wird fast durchwegs von Gebieten bestimmt, die sowohl eine eine gut entwickelte Industrie als auch eine ausgeprägte Tourismuswirtschaft aufweisen. Bei einem Teil dieser Gebiete überwiegt das industrielle Standbein (Appenzell, Tessin); bei den meisten übrigen Gebieten handelt es sich hingegen um Mischstrukturen, die eine klare Aussage für den einen oder anderen Wirtschaftssektor nicht zulassen.

Bei der dritten Gruppe handelt es sich um Gebiete, die auf einem oder beiden zentralen Entwicklungsalternativen – Industrie und Tourismus – schwach besetzt sind und / oder Strukturprobleme aufweisen: Häufiger ist das Entwicklungsmuster (1) *Tourismus, aber schwache (oder strukturell gefährdete) Industrie*: Tiroler Oberland, Lungau, Außerfern, Liezen, Oberallgäu, Osttirol, Oberkärnten, Sondrio, Hautes-Alpes. Bei *Hautes-Alpes* kann von einer touristischen Monokultur gesprochen werden. Das zweite Entwicklungsmuster ist durch einen (2) *schwachen oder nur punktuellen Tourismus* und einem *Überwiegen der Landwirtschaft oder einer strukturell gefährdeten Industrie gekennzeichnet*: Belluno, Berchtesgadener Land, Traunviertel, Miesbach, Sondrio, Verbania (=Verbano-Cusio-Ossola).

Unterkärnten liegt als einziges alpines EU-Gebiet um mehr als 25 % unter dem EU-Durchschnitt.

## 2.2.2 Tourismusintensität

Gesamthaft zeigte die Analyse, dass auch in der alpinen Kernzone ein gesunder „Industriesockel“ für den allgemeinen Wohlstand notwendig ist. Regionen mit einem allzu starken touristischen Übergewicht können sich über den EU-Durchschnitt nicht erheben. Tabelle 23, in der die Tourismusintensitäten (= Nächtigungen/Einwohner) der einzelnen Gebiete ausgewiesen werden, macht diesen Sachverhalt deutlich:

Tabelle 23: Tourismusintensität der Gebiete der alpinen Kernzone, gereiht nach Höhe des BIP (Schweiz: Volkseinkommen) / Kopf

| BIP (Volkseinkommen)/Kopf            | Alpine Kernzone            | Tourismusintensität |
|--------------------------------------|----------------------------|---------------------|
| mehr als 25 % über EU – Durchschnitt | 18. Glarus                 | 28                  |
|                                      | 22. Unterwalden            | 23                  |
| über EU – Durchschnitt               | 11. Graubünden             | 47                  |
|                                      | 17. Uri                    | 32                  |
|                                      | 4. Bludenz-Bregenzer Wald  | 78                  |
|                                      | 24. Appenzell              | 15                  |
|                                      | 9. Südtirol                | 53                  |
|                                      | 21. Innsbruck              | 24                  |
|                                      | 23. Tessin                 | 16                  |
|                                      | 24. Klagenfurt-Villach     | 17                  |
|                                      | 5. Tiroler Unterland       | 76                  |
|                                      | 6. Pinzgau-Pongau          | 76                  |
|                                      | 19. Valle d'Aosta          | 27                  |
|                                      | 7. Trentino                | 57                  |
|                                      | 15. Wallis                 | 36                  |
|                                      | 16. Garmisch-Partenkirchen | 32                  |
| unter EU – Durchschnitt              | 20. Belluno                | 26                  |
|                                      | 2. Tiroler Oberland        | 118                 |
|                                      | 8. Lungau                  | 56                  |
|                                      | 28. Berchtesgadener Land   | 12                  |
|                                      | 3. Außerfern               | 100                 |
|                                      | 32. Obersteiermark         | 6                   |
|                                      | 26. Traunviertel           | 13                  |
|                                      | 27. Miesbach               | 13                  |
|                                      | 29. Sondrio                | 12                  |
|                                      | 1. Hautes-Alpes            | 189                 |
|                                      | 12. Liezen                 | 42                  |
|                                      | 13. Oberallgäu             | 41                  |
|                                      | 14. Osttirol               | 37                  |
|                                      | 25. Verbano-Cusio-Ossola   | 15                  |
|                                      | 10. Oberkärnten            | 49                  |

Fortsetzung Tabelle 23:

| BIP (Volkskeinkommen)/Kopf            | Alpine Kernzone  | Tourismusintensität |
|---------------------------------------|------------------|---------------------|
| mehr als 25 % unter EU – Durchschnitt | 30. Unterkärnten | 11                  |
|                                       | 33. Goriška      | 2                   |
|                                       | 31. Gorenjska    | 7                   |
|                                       | 35. Koroška      | 1                   |

Quelle: Statistische Ämter der jeweiligen Länder, eigene Berechnung

Glarus und Unterwalden als Spitzenreiter des BIP/Kopf Rankings weisen lediglich Tourismusintensitäten von 28 bzw. 23 Nächtigungen pro Einwohner auf, was erfahrungsgemäß auf einen Anteil des Tourismus am Bruttoinlandsprodukt unter 10 % hinausläuft. Das Tiroler Oberland, das Außerfern und das Département Hautes-Alpes mit Tourismusintensitäten zwischen 100 und 189 Nächtigungen pro Einwohner und Anteilen des Tourismus am Bruttoinlandsprodukt zwischen etwa 30 % und 50 % liegen hingegen sämtliche im unteren Mittelfeld.

### 2.2.3 Ziel 2-Förderung in der alpinen Kernzone

Der Anteil der von der Ziel 2-Förderung erfassten Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung legt, wie bereits bei der Überblicksanalyse auf NUTS2-Ebene erwähnt, die wirtschaftsstrukturellen Probleme wesentlich deutlicher offen als das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Im nachfolgenden Ranking werden die EU-Gebiete der alpinen Kernzone nach der Höhe dieses Anteils gereiht. Bei den österreichischen Gebieten wird die NUTS2-Ebene (=Bundesländer) beibehalten:



Tabelle 24: Ranking der alpinen Kernzone nach Anteilen der Ziel 2 – Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung

| Ziel 2 – Bevölkerung in % der Bevölkerung gesamt |       |
|--|-------|
| 1. Trentino                                      | 9,1%  |
| 2. Vorarlberg                                    | 14,9% |
| 3. Sondrio                                       | 15,4% |
| 4. Salzburg                                      | 17,9% |
| 5. Südtirol                                      | 18,1% |
| 6. Tirol   | 30,2% |
| 7. Valle d'Aosta                                 | 33,8% |
| 8. Verbano-Cusio-Ossola                          | 44,6% |
| 9. Kärnten                                       | 49,0% |
| 10. Steiermark                                   | 55,6% |
| 11. Hautes-Alpes                                 | 73,6% |
| 12. Belluno                                      | 74,8% |

Quelle: [http://eu.int/comm/regional\\_policy](http://eu.int/comm/regional_policy), eigene Berechnungen

Wie ersichtlich, werden durch die Disaggregation auf die NUTS3-Ebene insbesondere die Problemgebiete der französischen und italienischen Kernzone manifest: Das Aostatal und die Provinzen Verbano-Cusio-Ossola, Belluno als Beispiele für schwach oder nur punktuell entwickelten Tourismus und strukturell gefährdeter Industrie, das Département Hautes-Alpes als Beispiel für touristische Monokultur. Aber auch Tirol muss durch seine einseitig tourismuslastigen Gebiete im Tiroler Oberland und im Außerfern bereits in zu den strukturell problematischeren Gebieten der alpinen Kernzone gezählt werden.

#### 2.2.4 Branchenstruktur nach Unternehmungen

Die Darstellung der Branchenstruktur erfolgt auf Basis der Prozentverteilung der **Unternehmungen** in den einzelnen Branchen und nicht nach Maßgabe der jeweiligen Zahl der (unselbständig) Beschäftigten, weil nur diese Verteilung auf NUTS3-Ebene weitgehend verfügbar ist. Hiermit wird zwar der Aspekt unter-

schiedlicher Unternehmensgrößen vernachlässigt, regionale Schwerpunkte und standortspezifische Gegebenheiten werden jedoch umso deutlicher.

Um die Darstellung nicht durch eine Vielzahl von Branchenanteilen zu überfrachten, wird ein durchgängiger Ductus verfolgt, der insbesondere auf die Dichotomie zwischen *Tourismus* und *Industrie* abstellt. Bindeglied zwischen diesen beiden Sektoren stellen einerseits gewisse Industriebranchen dar, welche als Vorlieferanten an den Tourismus eine überdurchschnittliche Bedeutung haben und demgemäß hier als *tourismusaffine Industriezweige* bezeichnet werden – die *Nahrungs- und Genussmittelindustrie*, die *Textilindustrie* und die *Möbelindustrie*. Die *Bauwirtschaft*, an und für sich ebenso traditionell mit dem Tourismus eng verflochten, wird gesondert ausgewiesen, weil sie als faktisch ubiquitärer Wirtschaftszweig auch in Industrieregionen stark präsent ist.

Eine weitere Sonderabteilung innerhalb der Industrie stellt die von den Ressourcen enger an den Alpenraum gebundene *Holzindustrie* und die *Stromerzeugung aus Wasserkraft*<sup>2</sup>, welche entsprechend als *alpenaffine Industriezweige* ausgewiesen werden. Die übrigen Industriezweige kann man quasi als „tourismusferne“ Industrie auffassen; in dem Sinne, dass sie nur beschränkt als Vorlieferbetriebe für das Hotel- und Gaststättenwesen auftreten. Es handelt sich – auszugsweise - um die Erzeugung von

- Bekleidung; Lederwaren
- Papier- und Kartonagen
- Chemische Produkte, Kunstfasern
- Metalle; Metallprodukte
- Maschinen, Mechanik
- Elektrische Maschinen und Geräte
- Nachrichtentechnik
- Präzisionsgeräte
- Fahrzeug- und Transportmittel, etc.

---

<sup>2</sup> In der Industriestatistik gemeinsam mit Wind- und Sonnenenergie ausgewiesen, welche mengenmäßig allerdings kaum ins Gewicht fallen.

Die Bedeutung des Tourismus wird durch die Unternehmungen des **Hotel- und Gaststättenwesens** angezeigt. Andere touristische *Schlüsselbranchen*, wie etwa die Seilbahnwirtschaft werden auf dem vorliegenden Aggregationsniveau nicht gesondert ausgewiesen, sind aber im *Transportwesen* enthalten, das ebenfalls in die Strukturtabellen aufgenommen wurde. Nicht berücksichtigt wurde hingegen der gesamte übrige Dienstleistungssektor (Handel, Bank- u. Versicherungswesen, etc.) sowie der gesamte öffentliche Sektor. Die ausgewiesenen Prozentwerte beziehen sich demnach auf die **Gesamtheit der Industrieunternehmungen zuzüglich der Unternehmungen im Hotel- und Gaststättenwesen und in der Transportwirtschaft.**

Da unterschiedliche Erfassungsmethoden nicht restlos auszuschließen sind, wird die Branchenstruktur nach Nationen geordnet wiedergegeben:

#### **Frankreich:**

Bekanntlich weist lediglich das Département Hautes-Alpes der Region PACA einen 100 %-igen Alpenanteil auf, dessen Branchenstruktur allerdings nur nach unselbständig Beschäftigten vorliegt. Wie aber bereits ausgeführt, liegt in Hautes-Alpes weitgehend eine touristische Monostruktur vor: Nur 7,3 % der unselbständig Beschäftigten<sup>3</sup> sind im Bereich der Industrie und 12 % im Bauwesen tätig, hingegen knapp 81 % in den Bereichen Handel und Dienstleistungen (hierin auch Tourismus enthalten).

#### **Italien:**

Bei den 6 italienischen Provinzen in alpinen Kernräumen können grob zwei Gruppen gebildet werden: Den Provinzen Verbano-Cusio-Ossola (Verbania) im Piemont und Belluno im Veneto mit rd. **einem Viertel „tourismusferner“ Industrieunternehmungen** (= siehe obige Auflistung) stehen die Provinzen Aostatal, Sondrio, Südtirol und Trentino gegenüber, bei denen diese Industrieunternehmungen lediglich Anteile zwischen rd. 11 % (Aostatal) und rd. 18 % (Trentino) aufweisen.

---

<sup>3</sup> Inklusive öffentlicher Sektor

Tabelle 25: Branchenstruktur in den alpinen Kernräumen Italiens

| Branchen             | Verbania | Aostatal | Sondrio | Südtirol | Trentino | Belluno |
|----------------------|----------|----------|---------|----------|----------|---------|
| Industrie gesamt     | 73,5%    | 66,8%    | 67,7%   | 54,9%    | 67,4%    | 69,4%   |
| davon Bauwesen       | 38,0%    | 44,0%    | 37,7%   | 26,7%    | 37,4%    | 31,0%   |
| davon alpenaffin     | 5,0%     | 5,8%     | 5,8%    | 8,4%     | 7,3%     | 6,1%    |
| davon tourismusaffin | 6,5%     | 6,4%     | 9,0%    | 8,1%     | 5,9%     | 6,8%    |
| übrige Industrie     | 24,0%    | 10,6%    | 15,2%   | 11,7%    | 16,8%    | 25,5%   |
| Hotels, Restaurants  | 19,7%    | 26,2%    | 22,5%   | 36,3%    | 23,7%    | 23,3%   |
| Transportwesen       | 6,7%     | 6,9%     | 9,8%    | 8,8%     | 8,9%     | 7,3%    |
| Unternehmen absolut  | 6.108    | 5.045    | 5.939   | 18.675   | 15.921   | 7.418   |

Quelle: <http://www.unioncamere.it/atlanter/>, eigene Berechnung und Zusammenstellung

Innerhalb der Provinzen Aostatal, Sondrio, Südtirol und Trentino sticht die – in Bezug auf den Alpenraum - harmonische Branchenstruktur von Südtirol hervor: Der hohe, aber nicht dominante Anteil von Unternehmungen im Beherbergungs- und Gaststättenwesen wird ergänzt von einem überdurchschnittlichen Anteil alpen- bzw. tourismusaffiner Industriezweige, die Bereiche *Bauwesen* und *übrige Industrie* sind unterdurchschnittlich repräsentiert. Die Provinzen Sondrio und Trentino zeigen eine sehr ähnliche Struktur im Sinne einer „gesunden“ Mischung aus Industrie und Tourismus, wobei allerdings das Trentino – siehe Ausführungen zu BIP und Tourismusintensität – durch seine Zweisaisonalität eine deutlich bessere gesamtwirtschaftliche Situation aufweist.

Größere strukturelle Ungleichgewichte zeigt hingegen das Aostatal, wo 70 % der privaten Unternehmungen außerhalb des allgemeinen Dienstleistungssektors auf die beiden Bereiche *Bauwesen* und *Hotels, Restaurants* entfallen.

### Schweiz:

Von den 8 Schweizer Kantonen im alpinen Kernraum – Appenzell, Glarus, Unterwalden, Uri, Wallis, Tessin und Graubünden kommen, gemessen an der absoluten Zahl der Unternehmungen, nur das Wallis, Tessin und Graubünden den italienischen Provinzen nahe.

Von der strukturellen Performance entsprechen die Kantone Uri, Wallis und Graubünden dem „Typ Südtirol“ insofern, als einem hohen Anteil des Hotel- und

Gaststättenwesens ein niedriger Anteil der *übrigen Industrie* gegenübersteht. Das Tessin zeigt hingegen sowohl im Tourismus als auch in der *übrigen Industrie* gut ausgeprägte Standbeine.

Tabelle 26: Branchenstruktur in den alpinen Kernräumen der Schweiz

| Branchen             | Appen-<br>zell | Glarus | Unter-<br>walden | Uri   | Wallis | Tessin | Grau-<br>bünden |
|----------------------|----------------|--------|------------------|-------|--------|--------|-----------------|
| Industrie gesamt     | 65,4%          | 65,1%  | 68,9%            | 51,7% | 51,8%  | 56,1%  | 53,7%           |
| davon Bauwesen       | 35,7%          | 36,5%  | 35,1%            | 23,9% | 22,7%  | 27,9%  | 23,9%           |
| davon alpenaffin     | 8,2%           | 7,3%   | 7,2%             | 8,0%  | 7,0%   | 4,4%   | 8,1%            |
| davon tourismusaffin | 7,7%           | 7,7%   | 8,0%             | 3,7%  | 4,0%   | 4,2%   | 4,7%            |
| übrige Industrie     | 19,8%          | 21,5%  | 21,7%            | 12,2% | 11,7%  | 19,3%  | 11,1%           |
| Hotels, Restaurants  | 27,9%          | 26,0%  | 22,5%            | 39,1% | 39,1%  | 34,6%  | 37,2%           |
| Transportwesen       | 6,7%           | 8,9%   | 8,6%             | 9,2%  | 9,1%   | 9,3%   | 9,0%            |
| Unternehmen absolut  | 1.428          | 805    | 1.318            | 573   | 5.531  | 5.713  | 4.211           |

Quelle: Bundesamt für Statistik, Bern, eigene Berechnung und Zusammenstellung

Die Kleinkantone *Appenzell*, *Glarus* weisen nahezu idente Strukturen auf und zeigen eine besonders ausgewogene Verteilung: Alpen- und tourismusaffine Industriezweige sind überdurchschnittlich stark ausgeprägt, die Anteile der Hotels- und Restaurants zeigen eine starke, aber nicht dominante Präsenz des Tourismus und letztlich weisen auch die Anteile der *übrigen Industrie* auf einen gut ausgebauten allgemeinen Industriesektor hin. Auch der Kleinkanton *Unterwalden* (bestehend aus den beiden Halbkantonen Nidwalden und Obwalden) zeigt hinsichtlich der Industrie eine ähnliche Struktur, hat aber einen geringeren Anteil an Hotels und Restaurants.

### Österreich:

Bei Tirol, Salzburg, und Kärnten überwiegt die Zahl der Unternehmungen im Hotel- und Gaststättenwesen. Tourismusaffine Industriebetriebe sind vergleichsweise ebenfalls stark ausgeprägt, die Präsenz alpenaffiner Industrien ist hingegen, verglichen mit den alpinen Kernräumen Italiens und der Schweiz, mit Ausnahme der Steiermark unterdurchschnittlich. Die *übrige Industrie* liegt im Falle Salzburgs und Kärntens ebenso wie in den tourismusintensiven italienischen Provinzen und schweizerischen Kantonen um 10 %, im Falle Tirols allerdings deutlich darunter.

Tabelle 27: Branchenstruktur in den alpinen Kernräumen Österreichs

| Branchen             | Vorarlberg | Tirol  | Salzburg | Kärnten | Steiermark |
|----------------------|------------|--------|----------|---------|------------|
| Industrie gesamt     | 57,7%      | 35,0%  | 42,0%    | 41,3%   | 47,7%      |
| davon Bauwesen       | 34,9%      | 18,2%  | 23,2%    | 23,4%   | 18,3%      |
| davon alpenaffin     | 4,6%       | 3,3%   | 4,6%     | 4,2%    | 5,9%       |
| davon tourismusaffin | 15,0%      | 7,4%   | 7,2%     | 9,1%    | 9,3%       |
| übrige Industrie     | 15,4%      | 7,6%   | 11,4%    | 10,1%   | 14,2%      |
| Hotels, Restaurants  | 33,8%      | 55,5%  | 44,7%    | 47,1%   | 41,2%      |
| Transportwesen       | 8,5%       | 9,5%   | 13,3%    | 11,6%   | 11,1%      |
| Unternehmen absolut  | 5.357      | 13.443 | 9.012    | 8.298   | 12.740     |

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung und Zusammenstellung

Die Branchenstruktur Vorarlbergs ist demgegenüber wesentlich ausgewogener. Neben einem kräftigen, aber nicht überdominantem Tourismussektor gibt es hier einen starken Anteil touristischer Vorlieferindustrien, zugleich aber auch eine gut ausgebaute *übrige Industrie*.

### **Zusammenfassung:**

Zusammengefasst können in der alpinen Kernzone 4 grobe branchensstrukturelle Grundmuster unterschieden werden:

- (1) **Leitbranche Tourismus** (Anteil des Hotel- u. Gaststättenwesens über 35 %, Anteil der „tourismusfernen“ Industrieunternehmen unter 15 %):

Dieses Muster trifft mit einer besonders starken Ausprägung des Hotel- und Gaststättenwesens auf die österreichischen Bundesländer Tirol, Kärnten und Salzburg zu. Ferner gehören die Kantone Uri, Wallis, Graubünden und die Provinz Südtirol zu diesem Typ. Bei dieser Gruppe sind allerdings gegenüber Österreich die alpen- und / oder die tourismusaffinen Industriezweige stärker ausgeprägt; auch die „tourismusfernen“ Industriezweige weisen schon einen etwas höheren Anteilswert auf.

- (2) **Industrie und Tourismus** (Anteil des Hotel- u. Gaststättenwesens zwischen 20 % und 35 %, Anteil der „tourismusfernen“ Industrieunternehmen zwischen 15 % und + 20 %):

Dieser Typus steht für ein leichtes Übergewicht der Industrieunternehmungen, die durch tourismusintensive Regionen flankiert werden. Vorarlberg und das Tessin stehen insbesondere für diesen Typus, daneben die Kantone Appenzell, Glarus, Unterwalden und die Provinzen Trentino und Sondrio.

- (3) **Übergewicht Industrie** (Anteil der „tourismusfernen“ Industrieunternehmungen über dem Anteil des Hotel- u. Gaststättenwesens):

Dies trifft für die italienischen Provinzen Verbano-Cusio-Osolla (=Verbania) und Belluno zu.

- (4) **„Sonderfall Aostatal“:** Neben einem ausgeprägten Tourismus dominiert im Aostatal das Bauwesen, die „tourismusferne“ Industrie ist schwach ausgeprägt.

## 2.3 Alpine Randzone

### 2.3.1 Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf

Bei den Gebieten der **alpinen Randzone** ist insgesamt eine etwas ausgeglichene Wohlstandssituation festzustellen als in der alpinen Kernzone: 57 % der 21 Gebiete liegen mit ihren BIP-Pro-Kopf-Werten über dem EU-Durchschnitt, wogegen es in der alpinen Kernzone lediglich 46 % waren (bei Ausklammerung der slowenischen Bezirke genau 50 %). Wiederum schlägt der gesamtstaatliche Wohlstand auf die regionale Ebene durch, sodass unter den ersten 6 Rängen sämtliche Schweizer Kantone der alpinen Randzone – Schwyz, St. Gallen, Bern und Luzern – zu finden sind.

Tabelle 28: Gebiete der alpinen Randzone, gereiht nach Höhe des BIP (Schweiz: Volkseinkommen\*) / Kopf

| Relation zu EU-Durchschnitt           | Alpine Randzone             | BIP/Kopf1999 |
|---------------------------------------|-----------------------------|--------------|
| mehr als 25 % über EU – Durchschnitt  | 1. Schwyz                   | 32.624       |
|                                       | 2. Salzburg und Umgebung    | 30.188       |
| über EU – Durchschnitt                | 3. Traunstein               | 27.330       |
|                                       | 4. St. Gallen               | 27.170       |
|                                       | 5. Bern                     | 26.196       |
|                                       | 6. Luzern                   | 26.063       |
|                                       | 7. Rheintal-Bodenseegebiet  | 24.219       |
|                                       | 8. Savoie                   | 24.072       |
|                                       | 9. Turin                    | 23.649       |
|                                       | 10. Brescia                 | 22.904       |
|                                       | 11. Isère                   | 22.859       |
|                                       | 12. Haute-Savoie            | 22.843       |
| unter EU – Durchschnitt               | 13. Cuneo                   | 22.455       |
|                                       | 14. Bergamo                 | 22.339       |
|                                       | 15. Tölz-Wolfratshausen     | 22.128       |
|                                       | 16. Lecco                   | 21.727       |
|                                       | 17. Steyr-Kirchdorf         | 21.016       |
|                                       | 18. Como                    | 20.976       |
|                                       | 19. Udine                   | 20.974       |
|                                       | 20. Alpes-de-Haute-Provence | 18.123       |
| mehr als 25 % unter EU – Durchschnitt | 21. West- und Südsteiermark | 15.457       |

\* Bei den schweizerischen Kantonen musste mangels Verfügbarkeit auf kantonaler Basis das Volkseinkommen anstelle des BIP herangezogen werden, welches im Schnitt zwischen 15 und 20 % unter dem BIP liegt.

Quelle: EUROSTAT, Statistisches Bundesamt Bern, Statistik Austria, Statistisches Amt der Republik Slowenien

Zwischen der Phalanx der schweizerischen Kantone schiebt sich lediglich der Industriegürtel im Bereich des bayerischen Landkreises Traunstein mit seiner Fortsetzung in der NUTS3-Region Salzburg-Umgebung. Auch die übrigen Gebiete des Spitzen- und oberen Mittelfeldes sind mit Ausnahme der beiden Départements Savoie und Haute-Savoie weitgehend industriedominiert.

Im unteren Mittelfeld finden sich mit Bergamo, Como und Lecco drei italienische Provinzen mit einem noch relativ hohen, aber touristisch nicht entwickelten Alpenanteil, der das allgemeine Wohlstandsniveau im Flachland etwas beeinträchtigt. Die übrigen Gebiete haben entweder auf der touristischen (Tölz-Wolfratshausen) oder der industriellen (Cuneo, Steyr-Kirchdorf, Udine) Entwicklungs-



rückstände oder strukturelle Probleme. Alpes-de-Haute-Provence verfügt, ähnlich wie Hautes-Alpes in der alpinen Kernzone, über keine tragfähige Entwicklungsperspektive außerhalb des Tourismus.

Die an Unterkärnten angrenzende West- und Südsteiermark präsentiert sich schließlich als das wirtschaftlich schwächste NUTS3-Gebiet der alpinen Randzone und – bei Ausklammerung von Slowenien – des gesamten engeren Alpenraums überhaupt.

### 2.3.2 Tourismusintensität

Tourismus spielt in der alpinen Randzone vor allem bei den französischen Départements mit ihren staatlich geförderten *stations d'hiver* der 1. bis 3. Generation eine Rolle. Zusammen mit dem bereits für die alpine Kernzone erwähnten Département Hautes-Alpes (189 Nächtigungen/EW) finden sich hier mit Savoie (122 Nächtigungen/EW), Alpes-de-Haute-Provence (105 Nächtigungen/EW) neben dem Tiroler Oberland (118 Nächtigungen/EW) und dem Außerfern (100 Nächtigungen/EW) die tourismusintensivsten Gebiete des Alpenraums überhaupt. Während jedoch Savoie und Haute-Savoie gleichzeitig einen ausgeprägten Industriesektor besitzen, ist Alpes-de-Haute-Provence gleich wie Hautes-Alpes faktisch eine touristische Monokultur mit den bereits erwähnten Produktivitätsschwächen.

Hiervon abgesehen, spielt der Tourismus nur mehr bei wenigen Gebieten der alpinen Randzone eine markantere Rolle: Schwyz, Salzburg, Traunstein, Luzern, Isère und Tölz-Wolfratshausen mögen in diesem Zusammenhang genannt werden.

Tabelle 29: Tourismusintensität der Gebiete der alpinen Randzone, gereiht nach Höhe des BIP (Schweiz: Volkseinkommen) / Kopf

| BIP (Volkseinkommen)/Kopf             | Alpine Randzone         | Tourismusintensität |
|---------------------------------------|-------------------------|---------------------|
| mehr als 25 % über EU – Durchschnitt  | Schweyz                 | 18                  |
|                                       | Salzburg und Umgebung   | 12                  |
| über EU – Durchschnitt                | Traunstein              | 25                  |
|                                       | St. Gallen              | 8                   |
|                                       | Bern                    | 8                   |
|                                       | Luzern                  | 10                  |
|                                       | Rheintal-Bodenseegebiet | 4                   |
|                                       | Savoie                  | 122                 |
|                                       | Turin                   | 2                   |
|                                       | Brescia                 | 7                   |
|                                       | Isère                   | 21                  |
|                                       | Haute-Savoie            | 65                  |
| unter EU – Durchschnitt               | Cuneo                   | 2                   |
|                                       | Bergamo                 | 1                   |
|                                       | Tölz-Wolfratshausen     | 15                  |
|                                       | Lecco                   | 2                   |
|                                       | Steyr-Kirchdorf         | 8                   |
|                                       | Como                    | 3                   |
|                                       | Udine                   | 11                  |
|                                       | Alpes-de-Haute-Provence | 105                 |
| mehr als 25 % unter EU – Durchschnitt | West- und Südsteiermark | 3                   |
|                                       |                         |                     |

Quelle: Statistische Ämter der jeweiligen Länder, eigene Berechnung

### 2.3.3 Ziel 2-Förderung in der alpinen Randzone

Die – in querschnittlicher Betrachtung – doch wesentlich homogenere Wirtschaftslage in der alpinen Randzone wird durch den Indikator *Anteil Ziel 2-Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung* deutlich bestätigt. Die deutschen Gebiete fallen trotz der in der BIP/Kopf-Analyse angedeuteten Strukturschwächen nach den Kriterien der Ziel 2-Förderung überhaupt aus der Gebietskulisse heraus, ebenso bspw. die Provinz Lecco. Vergleichsweise zur alpinen Kernzone kann überhaupt nur die Provinz Turin

und das Département Alpes-de-Haute-Provence als mit größeren strukturellen Problemen behaftet eingestuft werden.

Tabelle 30: Ranking der alpinen Kernzone nach Anteilen der Ziel 2 – Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung

| Ziel 2 – Bevölkerung in % der Bevölkerung gesamt |       |
|--|-------|
| Haute-Savoie                                     | 1,9%  |
| Bergamo  | 3,3%  |
| Brescia  | 3,8%  |
| Iserre   | 5,3%  |
| Como   | 7,8%  |
| Cuneo  | 14,4% |
| Savoie   | 19,5% |
| Udine  | 20,2% |
| Turin  | 45,5% |
| Alpes-de-Haute-Provence                          | 83,8% |

Quelle: [http://eu.int/comm/regional\\_policy](http://eu.int/comm/regional_policy), eigene Berechnungen

Während jedoch in der Provinz Turin sich die Ziel 2-Förderung überwiegend bereits im Flachland und auf einige Bezirke der Stadt Turin selbst konzentriert<sup>4</sup>, betrifft das Fördergebiet von Alpes-de-Haute-Provence nahe flächendeckend die vielen Klein- und Kleinstgemeinden, die eine der wesentlichen Entwicklungsschwächen des ländlichen Raums in Frankreich insgesamt darstellen.

#### 2.3.4 Branchenstruktur nach Unternehmungen

##### Frankreich:

Wie erinnernlich, sind Unternehmenszahlen auf NUTS3-Ebene sind für Frankreich allerdings nicht verfügbar, sodass hier die Wirtschaftsstruktur auf Basis der

<sup>4</sup> Lediglich 68 der insgesamt 158 einbezogenen Gemeinden sind Berggemeinden.

unselbständig Beschäftigten, behandelt werden muss. Für die Region PACA existieren auch diese Angaben nur auf Regionsebene (NUTS2).

**Tabelle 31: Wirtschaftsstruktur in der Region Rhône-Alpes nach der Zahl der unselbständig Beschäftigten (1999)**

|                             | Isère   | Savoie | Haute-Savoie |
|-----------------------------|---------|--------|--------------|
| Industrie gesamt            | 79,7%   | 54,7%  | 74,1%        |
| davon Bauwesen              | 14,5%   | 13,6%  | 14,4%        |
| davon alpenaffin            | 7,5%    | 5,0%   | 2,8%         |
| davon tourismusaffin        | 10,7%   | 7,1%   | 11,5%        |
| übrige Industrie            | 45,2%   | 25,9%  | 37,5%        |
| Hotels, Restaurants         | 8,80%   | 24,5%  | 15,5%        |
| Transportwesen              | 11,40%  | 20,8%  | 10,4%        |
| Unselbst. Beschäftigte abs. | 142.921 | 59.995 | 92.924       |

Quelle: Direction régionale du travail, de l'emploi et de la formation professionnelle Rhône-Alpes

Im Vergleich der Départements zeigen sich 3 unterschiedliche Muster: Das Département Isère mit dem Wirtschaftsgroßraum Grenoble und der höchsten Zahl unselbständig Beschäftigter zeigt sich klar als industrielastige NUTS3-Einheit, das Département Savoie hingegen als eher tourismuslastig, zumal der Anteil der Unternehmen des Hotel- und Gaststättenwesens. Die Tourismuslastigkeit des Département wird auch durch den hohen Anteil der im Transportwesen (Seilbahnwirtschaft) Beschäftigten (20,8 %) indiziert. Haute-Savoie präsentiert die Mittellage zwischen diesen polaren Mustern.

Isère ist gleichzeitig im Bereich der alpenaffinen Industriezweige (Strom!) und der tourismusaffinen (besonders Textilindustrie) stark positioniert, wogegen von den anderen Départements lediglich Haute-Savoie im Bereich der tourismusaffinen Industriezweige (Nahrungsmittel, Möbel) eine überdurchschnittliche Präsenz zeigt.

Über das Département Alpes-de-Haute-Provence der Region PACA liegen ebenso wie über das im Rahmen der alpine Kernräume behandelte Département Hautes-Alpes keine genaueren Daten vor. Fest steht aber, dass Alpes-de-Haute-Provence zwar etwas weniger touristisch-monostrukturiert ist wie Hautes-Alpes, aber gleichwohl ebenfalls vom Tourismus dominiert wird. Beide Départements sind jedoch

mit rd. 26 Tsd. (Alpes-de-Haute-Provence) bzw. rd. 28 Tsd. (Hautes-Alpes) unselbstständig Beschäftigten **insgesamt** (einschließlich gesamter Handel und öffentlicher wie privater Dienstleistungen) gegenüber den Départements von Rhône-Alpes um ein Vielfaches kleiner.

#### Italien:

Mit den Provinzen der alpinen Randzone Italiens – Turin und Cuneo im Piemont; Bergamo, Brescia, Como und Lecco in der Lombardei, Udine in Friaul-Julisch Venetien – wird wieder zur gewohnten Darstellung nach der Zahl der Unternehmungen zurückgekehrt. Mit Turin, Bergamo und Brescia finden sich hier industrielle Ballungsgebiete aus einer anderen als der bisher gewohnten „Liga“, lediglich Isère kann hier mithalten. Der Tourismus tritt in dieser Zone schlagartig ins „zweite Glied“, bei keiner einzigen Provinz kommen die Unternehmen des Hotel- und Gaststättenwesens auf Anteile über 20 %; die Provinz Udine nähert sich noch am ehesten der aus dem alpinen Kernraum gewohnten wirtschaftsstrukturellen Performance.

Tabelle 32: Unternehmensstruktur in den alpinen Randzonen Italiens

| Branchen             | Cuneo | Turin  | Bergamo | Brescia | Como   | Lecco  | Udine  |
|----------------------|-------|--------|---------|---------|--------|--------|--------|
| Industrie gesamt     | 78,5% | 75,4%  | 82,1%   | 78,0%   | 80,8%  | 81,7%  | 72,5%  |
| davon Bauwesen       | 42,9% | 37,7%  | 44,0%   | 33,6%   | 33,6%  | 33,2%  | 34,8%  |
| davon alpenaffin     | 3,7%  | 2,8%   | 3,4%    | 3,2%    | 3,7%   | 3,1%   | 5,5%   |
| davon tourismusaffin | 10,2% | 7,8%   | 9,1%    | 8,4%    | 17,7%  | 9,3%   | 12,9%  |
| übrige Industrie     | 21,7% | 27,1%  | 25,6%   | 32,8%   | 25,7%  | 36,1%  | 19,3%  |
| Hotels, Restaurants  | 12,0% | 12,4%  | 10,3%   | 14,0%   | 11,7%  | 10,7%  | 18,8%  |
| Transportwesen       | 9,4%  | 12,2%  | 7,6%    | 8,0%    | 7,6%   | 7,6%   | 8,7%   |
| Unternehmen absolut  | 5.717 | 64.139 | 35.837  | 39.874  | 19.291 | 10.278 | 17.312 |

Quelle: <http://www.unioncamere.it/atlanter/>, eigene Berechnung und Zusammenstellung

Fast ebenso schlagartig – wiederum mit Ausnahme von Udine – sinkt auch der Anteil alpenaffiner Industriezweige, der im alpinen Kernraum Italiens im Schnitt noch 6,4 % betrug, nunmehr jedoch nur mehr 3,6 % (ohne Udine 3,3 %) beträgt. Gleichzeitig nimmt hingegen die Bedeutung touristischer Vorlieferindustrien zu und erreicht in der Provinz Como (Möbel, Textilien) einen ausgesprochenen Spitzenwert.

Bei der *übrigen Industrie* findet sich ein breites Band, beginnend mit den an die kernalpine Struktur anschließenden Mustern mäßiger Industrialisierung im äußersten Westen (Cuneo) und im äußersten Osten (Udine) der alpinen Randzone Italiens, über eine noch mit Verbania und Belluno vergleichbaren Industrialisierung in Bergamo und Como bis zu den industriellen Ballungsgebieten in Turin, Brescia und Lecco.

### Schweiz:

Zwei grundlegende Unterschiede charakterisieren die alpinen Randzone der Schweiz gegenüber jener Italiens:

(1) Der Tourismus, verkörpert durch den Anteil des Hotel- und Gaststättenwesens, tritt zwar gleichfalls „in das zweite Glied“, pendelt jedoch im Schnitt um den Schwellenwert zwischen Regionen mit ausgeprägterem Urlaubstourismus und Regionen mit extensivem Tourismus (+/- 20 %).

(2) Der Stellenwert der alpenaffinen Industriezweige geht nur geringfügig zurück, ist jedoch immer noch vergleichsweise überdurchschnittlich. Die tourismusaffinen Industriezweige behalten – vergleichen mit dem alpinen Kernraum der Schweiz – ihren Stellenwert bei.

Tabelle 33: Unternehmensstruktur in den alpinen Randzonen der Schweiz

| Branchen             | Bern   | Luzern | Schwyz | St. Gallen |
|----------------------|--------|--------|--------|------------|
| Industrie gesamt     | 72,0%  | 74,0%  | 66,6%  | 70,1%      |
| davon Bauwesen       | 31,2%  | 34,0%  | 33,0%  | 31,0%      |
| davon alpenaffin     | 7,5%   | 7,6%   | 7,1%   | 6,3%       |
| davon tourismusaffin | 7,7%   | 9,7%   | 5,0%   | 8,3%       |
| übrige Industrie     | 25,7%  | 22,7%  | 21,6%  | 24,5%      |
| Hotels, Restaurants  | 20,0%  | 16,2%  | 23,9%  | 21,9%      |
| Transportwesen       | 7,9%   | 9,8%   | 9,5%   | 8,0%       |
| Unternehmen absolut  | 14.515 | 4.940  | 2.645  | 7.768      |

Quelle: Bundesamt für Statistik, Bern, eigene Zusammenstellung und Berechnung

In „interkantonaler“ Betrachtung zeigen die Kantone Bern und St. Gallen ein sehr ähnliches Muster mit einem überwiegenden Anteil an *übriger Industrie* und einem am

Schwellenwert für Tourismusregionen befindlichen Anteil des Hotel- und Gaststättenwesens. Der kleinste Kanton Schwyz weist insgesamt noch am ehesten die Strukturmerkmale für Tourismusregionen mit hohen Anteilen im Hotel- und Gaststättenwesen und einer schwächer ausgeprägten Industrialisierung auf. Luzern fällt durch besonders hohe Anteile an alpen- und tourismusaffinen Industriezweigen auf.

### **Österreich:**

In Österreich fällt nach dem Kriterium eines Alpenanteils zwischen 50% und 80 % kein Bundesland in die alpine Randzone, da Nieder- und Oberösterreich bereits Alpenanteile unter 50 % aufweisen.

### **Zusammenfassung:**

Die Gebiete der alpinen Randzone lassen sich nur schwer zu konsistenten Kategorien zusammenfassen. Am ehesten führen die jeweiligen Anteile an alpenaffinen Branchen in Kombination mit den Anteilen des Hotel- und Gaststättenwesens zu einer homogenen Gruppenbildung. Auf dieser Basis können 2 Muster unterschieden werden:

- (1) **Tourismus, mittlere Industrialisierung mit überdurchschnittlicher Präsenz an alpenaffinen Industriezweigen** (Anteil des Hotel- u. Gaststättenwesens über 15 %, Anteil der alpenaffinen Industrieunternehmen 5 % und höher, Anteil der *übrigen Industrie* unter 25 %):

Dieses Muster ergibt mit Ausnahme der französischen Départements, wo auf Grund der unterschiedlichen Erhebungsgrundlagen Unschärfen in Kauf genommen werden müssen, eine konsistente Abgrenzung folgender Gebiete: Frankreich: Haute-Savoie, Isère, Savoie; Schweiz: Bern, Luzern, Schwyz, St. Gallen; Italien: Udine.

- (2) **Hohe Industrialisierung mit unterdurchschnittlicher Präsenz an alpenaffinen Industriezweigen und örtlich begrenztem Tourismus** (Anteil des Hotel- u. Gaststättenwesens unter 15 %, Anteil der alpenaffinen Industrieunternehmen über 5 %, Anteil der *übrigen Industrie* über 25 %):

Diese zweite Kategorie ist rein italienisch und wird gebildet von Bergamo, Brescia, Como, Lecco und Turin.

Die Provinz Cuneo bildet, ebenso wie in der alpinen Randzone die benachbarte Region Aostatal, mit einem deutlich niedrigeren Anteil an *übriger Industrie* einen Sonderfall.